



BTI 2018

# Ein geteilter Kontinent

Regionalbericht Afrika

Nic Cheeseman

# BTI 2018 | Ein geteilter Kontinent

## Regionalbericht Afrika

Von Nic Cheeseman

Überblick zu Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Angola, Äthiopien, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Eritrea, Ghana, Guinea, Kamerun, Kenia, der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Kongo, Lesotho, Liberia, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Marokko, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Südsudan, Tansania, Togo, Tschad, Tunesien, Uganda und der Zentralafrikanischen Republik.

Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2018 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2015 bis zum 31. Januar 2017.

### Autor

Nic Cheeseman  
Professor für Demokratie und Internationale Entwicklung  
Universität Birmingham

### Verantwortlich

Robert Schwarz  
Senior Project Manager  
Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Bertelsmann Stiftung  
Telefon +49 5241 81-81402  
robert.schwarz@bertelsmann-stiftung.de  
[www.bti-project.org](http://www.bti-project.org) | [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Zitiervorschlag: Nic Cheeseman, Ein geteilter Kontinent — BTI 2018 Regionalbericht Afrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2019. <https://dx.doi.org/10.11586/2019010>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative-Commons-Namensnennung-4.0-International-Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) (CC BY 4.0).

Titelbild: © Freepick.com / [https://www.freepik.com/free-vector/close-up-of-magnifying-glass-on-map\\_2518218.htm](https://www.freepik.com/free-vector/close-up-of-magnifying-glass-on-map_2518218.htm)

# Inhalt

<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>4</b>
<b>Einführung</b> .....	<b>5</b>
<b>Politische Transformation</b> .....	<b>9</b>
Die Wurzeln demokratischen Rückschritts und autoritärer Verhärtung .....	13
<b>Wirtschaftliche Transformation</b> .....	<b>16</b>
Die Schuldenlast .....	19
Die populistische Herausforderung .....	20
<b>Governance</b> .....	<b>23</b>
Entwicklungen von Governance .....	26
<b>Ausblick</b> .....	<b>28</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>30</b>
<b>Über den Autor</b> .....	<b>33</b>

## Zusammenfassung

Zwischen 2015 und 2017 erlebte Afrika insgesamt eine Verschlechterung der Qualität politischer und wirtschaftlicher Transformation sowie der Governance bzw. Regierungsführung. Das Ausmaß dieser Veränderungen war allerdings nur gering, was eher auf Schwierigkeiten innerhalb der demokratischen Systeme als auf einen demokratischen Zusammenbruch deutet. Auffällig ist zudem, dass alle Kriterien der Demokratie – außer „politischer und sozialer Integration“ – einen Rückgang verzeichneten. Die gleiche rückläufige Entwicklung zeigte sich auch bei jedem Kriterium des wirtschaftlichen Transformationsstatus und bei der Governance. Der geballte Effekt dieser Veränderungen bestand darin, dass sich der Kontinent weiter von politischer Stabilität, Demokratisierung und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung entfernte.

Afrikas zögerliche demokratische Fortentwicklung manifestiert sich in vielen kleinen Schritten und graduellen Ablösungen weg von autoritären Herrschaftsformen, die viele Länder – immer noch – prägen. Während in fast allen afrikanischen Staaten Mehrparteienwahlen abgehalten werden, was den Anschein von demokratischen Verhältnissen erweckt, statten die nationalen Verfassungen vielerorts den Präsidenten und die regierende Partei weiterhin mit einer unverhältnismäßig großen Machtfülle aus. In den letzten Jahren hat sich auch ein zehn Jahre andauernder Trend demokratischer Rückschritte fortgesetzt, z. B. im Fall der Regierungen in Ländern wie Burundi und Uganda. Diese wenden zunehmend Repressionsmaßnahmen an, um auf die Herausforderungen durch die Verbreitung sozialer Medien und das verstärkte Auftreten einflussreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und Oppositionsparteien zu reagieren.

Die wirtschaftliche Transformation ist während des Beobachtungszeitraums 2015–2017 ebenfalls zum Stillstand gekommen. Im Anschluss an den Optimismus der „Africa rising“-Jahre hat eine Kombination aus sinkenden Rohstoffpreisen, dem Versagen vieler Staaten bei der Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften sowie fortlaufender politischer Instabilität in Ländern wie z. B. Nigeria zu einem geringer als erwarteten Wirtschaftswachstum geführt. Dadurch gerieten die staatlichen Haushalte infolge fehlender Einnahmen merklich unter Druck, was den Handlungsspielraum vieler, wenn auch nicht aller Regierungen einschränkte. Zusammen mit zunehmend instabilen Währungen und Preisen und einem höheren Schuldendienst gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes, allen voran in Ägypten, Eritrea, Mosambik und Mauretanien, führte dies zu einem Absinken des Lebensstandards.

Diese ökonomischen und politischen Trends – in erster Linie anhaltende Instabilität, das Versäumnis, Korruption und Verschwendung zu beseitigen, sowie ein Mangel an gesellschaftlicher Einigkeit und Regierungslegitimität – haben insgesamt zu einer sinkenden Qualität der Governance in einer Reihe von Staaten beigetragen. In Sambia, Simbabwe und Tansania verstärkte sich dies noch durch einen zunehmenden ökonomischen Nationalismus, der die Chancen, von internationaler Zusammenarbeit zu profitieren, einschränkte. Generell verminderte der nur langsame Fortschritt bei der regionalen Integration das Wachstumspotenzial, das durch steigende Binnennachfrage auf dem Kontinent entstehen könnte.

Es ist jedoch erforderlich, analytisch nicht bei den gesamtafrikanischen Durchschnittswerten stehen zu bleiben, da diese Einblicke in einen auf bemerkenswerte Weise geteilten Kontinent verdecken. Westafrika und das südliche Afrika entwickeln sich hinsichtlich Demokratie und Governance durchweg besser als Ost-, Zentral- und Nordafrika. Ausgeprägte Schwankungen zeigen sich auch auf der Ebene einzelner Länder. Während viele der überwiegend autoritären Regierungen des Kontinents noch repressiver geworden sind, sich aber zugleich festigten, behauptet sich auf der anderen Seite

eine Reihe aufstrebender Demokratien. Auf ähnliche Weise zeigt das hohe und beständige Wirtschaftswachstum in Mauritius und Ruanda, dass es die Regierenden in diesen Ländern geschafft haben, ihr wirtschaftliches Schicksal in die Hand zu nehmen, während die Regierungen, die mit Bürgerkrieg und Überschuldung zu kämpfen hatten, das Spektrum der ihnen zur Verfügung stehenden politischen Optionen schrumpfen sahen. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass Afrika zwischen politischen und wirtschaftlichen Extremen tief gespalten ist und dass es nur wenige Hinweise darauf gibt, dass der Kontinent auf absehbare Zeit auf einem gemeinsamen Pfad zusammenfinden wird.

## Einführung

Afrika ist eine der am stärksten polarisierten Regionen der Welt. Eine Hälfte der Staaten sind Autokratien (36 % harte, 14 % gemäßigte), die andere Hälfte Demokratien (5 % konsolidierende, 34 % defekte, 11 % stark defekte). Zwischen 2015 und 2017 hat sich die Situation zugespitzt: afrikanische Autokratien wurden repressiver, während in den Demokratien kaum Veränderungen zu erkennen waren. Anders gesagt: Weit entfernt davon, sich einem gemeinsamen Pfad anzunähern, scheinen sich die Divergenzen eher noch zu verstärken. Wenn die aktuellen Trends anhalten, wird die Zukunft des Kontinents dadurch geprägt sein, dass ein Nebeneinander von fest im Sattel sitzenden autoritären Staaten und einer Reihe von aufstrebenden Demokratien der Normalfall sein wird. Um diese komplexe Realität zu verstehen, ist es unerlässlich, sich die politischen und wirtschaftlichen Transformationen vor Augen zu führen, die der Kontinent in den letzten 30 Jahren durchlaufen hat.

In den frühen 1990er Jahren erlebte das subsaharische Afrika die gravierendsten politischen Umwälzungen seiner jüngeren Geschichte, als die Militärregime und Einparteiensysteme, die die 1980er Jahre dominierten, den Weg für Mehrparteiensysteme freimachten. Einen ähnlichen Druck gab es in Nordafrika in den 1990er Jahren ab, obwohl die Liberalisierung dort eher kosmetischer Natur war (Lust 2011). Es lassen sich insgesamt drei treibende Faktoren für die „zweite Befreiung“ des Kontinents (Cheeseman 2015) ausmachen: erstens, ein langfristiger Prozess des wirtschaftlichen Niedergangs, der es zum einen den Regierungen erschwerte, die notwendigen Arbeitsplätze und Aussichten auf ein besseres Leben zu schaffen (um damit die Bevölkerung zufriedenzustellen), und der zum anderen die afrikanischen Staaten zunehmend von Darlehen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank abhängig machte; zweitens, wachsender innenpolitischer Druck auf Reformen, verstärkt sowohl durch ökonomische Verschlechterung als auch einen Generationenwandel (die prägende politische Erfahrung der jungen Menschen, die sich den prodemokratischen Bewegungen angeschlossen hatten, war nicht der Kampf gegen die Kolonialherrschaft, sondern die politische Stagnation, die diesem folgte); drittens, die größere Bereitschaft internationaler Partner (befähigt durch ihre Kontrolle über den Zugang zu dringend benötigten internationalen Finanzhilfen), sich nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion für Demokratieförderung einzusetzen.

Diese Veränderungen haben die Position autoritärer Herrscher geschwächt und Gelegenheiten für demokratische Reformen geschaffen. Trotzdem haben sie sich nicht mit gleicher Intensität überall auf dem Kontinent ausgewirkt. Afrikanische Regierungsführer reagierten angesichts der neuen politischen Gegebenheiten sehr unterschiedlich. In Benin und Sambia entsagten die Präsidenten dem Machterhalt durch Gewalt und akzeptierten ihre Niederlage angesichts haushoher Wahlsiege der Opposition gegen als ihre zahlungsunfähigen Regierungen. In Namibia und Südafrika bewiesen die

nationalistischen Regierungen, die nach dem Ende der weißen Minderheitsherrschaft an die Macht gekommen waren, ihren Willen, in einer integrativen und fortschrittlichen Weise zu regieren. In Botswana und Mauritius, den einzigen beiden Ländern des Kontinents, die seit ihrer Unabhängigkeit ohne Unterbrechung Mehrparteienwahlen abgehalten haben, regierten die Politiker weiterhin verantwortungsvoll und respektierten dabei sowohl Meinungs- und Pressefreiheit als auch Eigentumsrechte. Diese Erfolgsgeschichten sind insbesondere deshalb bemerkenswert, da sie in Staaten spielten, die viele der Faktoren vermissen lassen, die Politikwissenschaftler als förderlich für demokratische Konsolidierung ansehen: etwa gesellschaftlicher Pluralismus und Zusammenhalt sowie die Kontrolle über die staatlichen Sicherheits- und Ordnungskräfte (Dahl 1998); zudem nationaler Wohlstand und robuste staatliche Handlungsfähigkeit (Cheibub et al. 1996).

In einer weitaus größeren Gruppe von Ländern waren die politischen Machthaber in der Lage, nationale Rohstoffvorkommen, die geostrategische Position ihres Landes und den Bonus des Amtsinhabers wirksam in Wahlen zur Geltung zu bringen, die selten frei und fair waren (Adejomobi 2000). Vor allem Medienzensur, die Einschüchterung zivilgesellschaftlicher Gruppen, das Fehlen von unparteiischen Wahlkommissionen und der Einsatz von Sicherheitskräften für politische Zwecke untergruben das potenzielle Entstehen neuer Formen von Rechenschaft (Cheeseman und Klaas 2018). In den 1990er Jahren schwand in der Tat der Respekt gegenüber Bürgerrechten zur selben Zeit, als politischen Rechte in größerem Ausmaß als zuvor gewährt wurden. Folglich haben in diesen Jahren für viele Bürger sozusagen „Wahlen ohne Veränderung“ stattgefunden. Dies war in Kamerun, Tschad und Togo der Fall, wo unter „Françafrique“ bekannte korrupte und oft vetternwirtschaftliche Beziehungen zu Personen in der französischen Regierung autoritäre Führer vor internationaler Kritik abschirmten. Und es war auch in vielen der ressourcenreichen Staaten des Kontinents zu beobachten, z. B. Angola, Äquatorialguinea oder Libyen, deren hochgradig repressive und korrupte Regierungen ihre Finanzkraft einsetzten, um ihren Machterhalt zu sichern. Ein ähnliches Phänomen konterkariert Wahlen zeigte sich in Algerien, als Versuche des Militärs, den Sieg der Islamischen Heilsfront (FIS) in den ersten Mehrparteienwahlen im Dezember 1991 zu verhindern, zunächst in einem Putsch und anschließend in einen lang anhaltenden Bürgerkrieg mündeten.

Das Aufkommen so vieler „kompetitiv-autoritärer“ Regime machte deutlich, dass die demokratischen Errungenschaften des Kontinents auf tönernen Füßen standen (Levitsky und Way 2002). Dies wurde in den frühen 2000er Jahren nicht so augenfällig, insbesondere da eine wachsende Anzahl von Ländern – einschließlich Ghana und Kenia – Machtwechsel erlebte. Trotzdem machte der Kontinent ab der Mitte dieses Jahrzehnts eine Periode des *democratic backsliding* bzw. demokratischer Rückschritte (wenn genuin demokratische Institutionen geschwächt oder ausgehöhlt werden) und autoritärer Verhärtung (wenn Staaten, die bereits größtenteils autoritär sind, noch autoritärer werden) durch – und zwar als die regierenden Parteien versuchten, die Bedrohungen, die von zunehmend einflussreichen Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen ausgingen, zu minimieren. Dies führte zu einer ein Jahrzehnt andauernden demokratischen Rezession, die durch folgende Faktoren charakterisiert war: Aufhebung von Amtszeitbegrenzungen für Präsidenten, unfaire Wahlen und die Einführung von Gesetzen, die Regierungen dazu autorisierte, soziale Medien und Nichtregierungsorganisationen stärker zu kontrollieren (Rakner 2018). Die fortschreitende Liberalisierung einer Reihe von offeneren und demokratischeren Staaten wie z. B. Ghana, Namibia und Senegal hat zusammen mit einem zunehmend autoritären Ansatz der Regierungen in Ägypten, Kamerun, Marokko und Simbabwe zu einer forcierten Polarisierung zwischen zwei grundverschiedenen Typen von politischen Systemen geführt.

Unterm Strich ist zu sagen, dass sich die Einführung eines Mehrparteiensystems oft als ungenügend dafür erwiesen hat, umfassendere politische Transformationen hervorzubringen. Dies hatte tief greifende Auswirkungen für die Regierungsführung und die wirtschaftliche Neuordnung. Viele Länder änderten ihre Wirtschaftspolitik in den 1990er Jahren, indem sie einige protektionistische Maßnahmen der Vergangenheit aufgaben und sich auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Privatisierungsprogrammen unterzogen (Pitcher und Teodoro 2018). Um den notwendigen Zuspruch aus der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, regten die Regierungen weitere Investitionen in kostenlose Grundschulbildung an, selbst in eher autoritären Staaten (Harding und Stasavage 2013). Zur gleichen Zeit führte die Kombination aus steigenden Rohstoffpreisen und einer besseren Wirtschaftspolitik zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum sowohl in durch politischen Wettbewerb gekennzeichneten Ländern wie Kenia als auch in autoritären Entwicklungsstaaten wie Ägypten, Äthiopien und Ruanda (Kelsall 2011). Dies beflügelte wiederum die Verbreitung des „Africa Rising“-Narrativs in den 2000er Jahren, als die junge Bevölkerung und die vergleichsweise starke wirtschaftliche Leistung in einer Phase globaler Konjunkturabschwächung die Überzeugung wachsen ließen, dass Afrika für eine Phase schneller wirtschaftlicher Entwicklung gut aufgestellt sei.

Tatsächlich wurde die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Transformation jedoch durch den Fortbestand derselben politischen Dynamiken geschwächt, die das Wirtschaftswachstum bereits in den 1980er Jahren gebremst hatten. Die Fortschritte auf dem Weg hin zu einer ökonomischen Integration des Kontinents blieben dürftig, trotz der rhetorischen Bekenntnisse vieler afrikanischer Staatsmänner zum Pan-Afrikanismus. Ein hohes Maß an Korruption schlägt sich nach wie vor in vielen Ländern in beträchtlicher Verschwendung und mangelnder Effizienz nieder (Gyimah-Brempong 2002), teilweise auch weil sich die Regierungen nicht davor fürchten müssen, dass sie dafür an der Wahlurne abgestraft werden. Zugleich hat die Tendenz, die Wähler nach ethnischen, regionalen oder religiösen Zugehörigkeiten zu mobilisieren, in Verbindung mit Wahlen, die nach dem Prinzip „Der Gewinner bekommt alles“ funktionieren, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern eingeschränkt (Miguel 2004). In der Summe haben diese Herausforderungen dazu geführt, dass Regierungen nicht bereit oder nicht leistungsfähig genug waren, die von der Kolonialherrschaft hinterlassene Kluft der staatlichen Durchdringung zwischen Zentrum und Peripherie zu überwinden. Als Folge davon nimmt die staatliche Autorität in vielen afrikanischen Ländern – aber keineswegs allen – ab, je weiter man sich von der Hauptstadt entfernt. Im Verbund mit fehlenden Investitionen, die erforderlich wären, um die Volkswirtschaften zu diversifizieren und aus der Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen zu lösen, machen diese Strukturschwächen Afrika besonders verwundbar für externe Erschütterungen. So bleibt die Nachhaltigkeit der politischen und wirtschaftlichen Entfaltung des Kontinents Gegenstand intensiver Debatten.

Nordafrika hat einen ganz anderen Weg eingeschlagen. Die „dritte Welle“ der Demokratisierung, die zu einer Wiedereinführung des Mehrparteiensystems quer durch Subsahara-Afrika führte, ebte an den südlichen Küsten des Mittelmeeres ab. Länder wie Ägypten und Libyen blieben bis zum Arabischen Frühling zwei Jahrzehnte später geschlossene autoritäre Systeme. Die Widerstandsfähigkeit des Autoritarismus in Nordafrika hat viele Wurzeln, einschließlich des Reichtums an Bodenschätzen – vor allem in Algerien, Ägypten und Libyen – und der Herausbildung von stärkeren Staaten mit einer größeren Kapazität, politische Kontrolle durch Repression aufrechtzuerhalten (King 2009). Ein anderer bedeutsamer Faktor war die wahrgenommene Bedrohung, die in vielen dieser Länder von der Ausbreitung des politischen Islam ausging, was sowohl den säkularen Autokratien die Möglichkeit verschaffte, ihre Herrschaft als erforderlich darzustellen, um die Machtübernahme durch islamistische Kräfte zu verhindern, als auch westliche Mächte davon abhielt, Unterstützung für freie Wahlen

zu leisten (Lust 2011). Obwohl die Erfahrungen in Nordafrika sich markant vom Rest des Kontinents unterscheiden, hat das Erbe der politischen Aufstände, die 2011 die autoritären Führer in Ägypten, Libyen und Tunesien stürzten, durchaus eine größere Konvergenz zwischen Nord- und Subsahara-Afrika mit sich gebracht. Einerseits haben Phasen mit politischer Instabilität und Konflikten die staatliche Handlungsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum in Ägypten und Libyen untergraben, so wie es auch in Ländern wie Somalia, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik der Fall war. Andererseits bedeuten das Überleben autoritärer Elemente und die starke Rolle, die die Sicherheitskräfte in Algerien und Ägypten spielten – ähnlich wie in vielen anderen afrikanischen Post-Konfliktstaaten –, dass eine der größten Herausforderungen für diese Länder darin zu sehen ist, wie das Militär zurück in die Kaserne geschickt und eine zivile Herrschaft etabliert werden kann (Dwyer 2018).

Eine andere Herausforderung der letzten Zeit, die sowohl den Ländern in Subsahara- als auch Nordafrika gemeinsam ist, ist die Ausbreitung von radikalen religiösen Bewegungen. Die Schwierigkeit ist hier eine doppelte: erstens können zerstörerische terroristische Attacken die Unterstützung für demokratische Regierungen unterminieren; zweitens können autoritäre Staaten das wachsende Unsicherheitsgefühl dafür benutzen, um stärkere Repressionen zu rechtfertigen. Beispielsweise in Nigeria hat das Versagen im Umgang mit Boko Haram die Glaubwürdigkeit von Präsident Goodluck Jonathans Regierung beschädigt. Inzwischen hat der Aufstieg dschihadistischer Gruppen wie der sogenannten „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“ (JNIM) im Sahel die regionalen und internationalen Interventionskräfte in diesem Gebiet dazu gebracht, sich mehr auf Sicherheitsfragen zu konzentrieren und Initiativen zur Entwicklungs- und Menschenrechtsförderung hintanzustellen (Bertand und Cheeseman 2019).

Trotz alledem gibt es einige nennenswerte positive Entwicklungen, die das Potenzial besitzen, das demokratische Projekt wiederzubeleben. Eine der wenigen generellen Aussagen, die sich für die meisten afrikanischen Staaten als zutreffend erwiesen haben, ist die, dass junge und städtische Wähler mit größerer Wahrscheinlichkeit der jeweils regierenden Partei kritisch gegenüberstehen und eher bereit sind, Alternativen zu wählen, als die älteren und ländlichen Bevölkerungsgruppen. Dies hilft zu verstehen, warum so viele autoritäre Regierungen darauf gesetzt haben, die Wahlen auf dem Land zu beherrschen. Denn dort ist es einfacher, die Informationen, die den Wählern zur Verfügung stehen, zu kontrollieren und politische Autorität über traditionelle Führungsfiguren auszuüben. Es ist vor diesem Hintergrund eine bedeutende Entwicklung, dass die afrikanische Bevölkerung zugleich immer jünger und urbaner wird. Die zehn Länder mit der jüngsten Bevölkerung der Welt gemessen am mittleren Alter befinden sich ausnahmslos auf dem afrikanischen Kontinent – und gegenwärtige Prognosen gehen davon aus, dass innerhalb der kommenden 20 Jahre zum ersten Mal eine Mehrheit der Afrikaner in Städten leben wird.

Die Auswirkungen dieser Veränderungen werden fundamental, aber – gemäß dem zentralen Punkt dieses Berichts – nicht einheitlich sein (Cheeseman und Fisher 2019). Ein größerer Druck auf die Regierungsparteien in Ländern wie Tschad und Uganda, wo Sicherheitskräfte oft eingesetzt werden, um politische Meinungsvielfalt zu unterdrücken, könnte neue Konflikte und ein Rückgriff auf zunehmend autoritäre Strategien auslösen – zumindest kurzfristig. Demgegenüber ist es in überwiegend pluralistischen Kontexten mit einer jüngeren Geschichte größerer politischer Toleranz, wie in Botswana und Namibia, durchaus wahrscheinlich, dass die Ausbreitung von Städten und Metropolen zu immer freieren und faireren Wahlen und mit der Zeit auch zu einer Stärkung der Demokratie führen

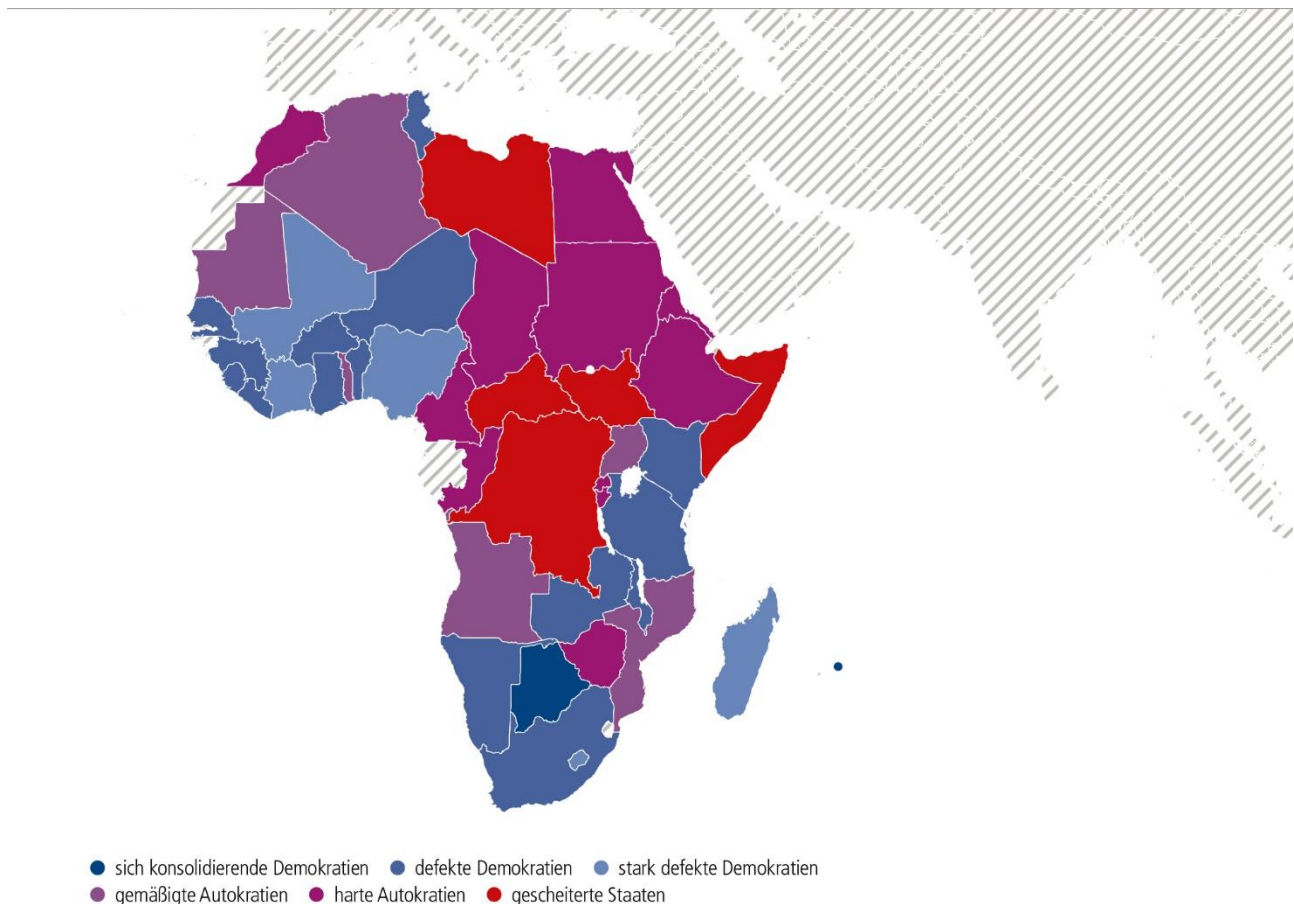


wird. Deshalb ist damit zu rechnen, dass die zukünftigen demografischen Veränderungen die auseinanderlaufenden Entwicklungen, die sich im letzten Jahrzehnt abgezeichnet haben, auch weiterhin verstärken werden.

## Politische Transformation

Die Jahre 2015 bis 2017 waren durch einen schwachen Rückgang demokratischer Transformation geprägt. Das Ausmaß an Veränderungen im Untersuchungszeitraum sollte nicht überhöht werden. Der Grad der Verschlechterung (im Durchschnitt  $-0,07$ ) legt eher Schwierigkeiten mit der Demokratie als einen Zusammenbruch der Demokratie nahe. Nichtsdestotrotz folgen diese Veränderungen einem bereits seit zehn Jahren bestehenden Trend demokratischer Rückschritte und autoritärer Verhärtung. In vielen Ländern wurde die Qualität an politischen Rechten und zivilen Freiheiten weiterhin untergraben, indem Regierungen zu stärkeren Repressionsmaßnahmen griffen, um den Herausforderungen infolge der Verbreitung sozialer Medien und des Erstarkens einflussreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und Oppositionsparteien zu begegnen.

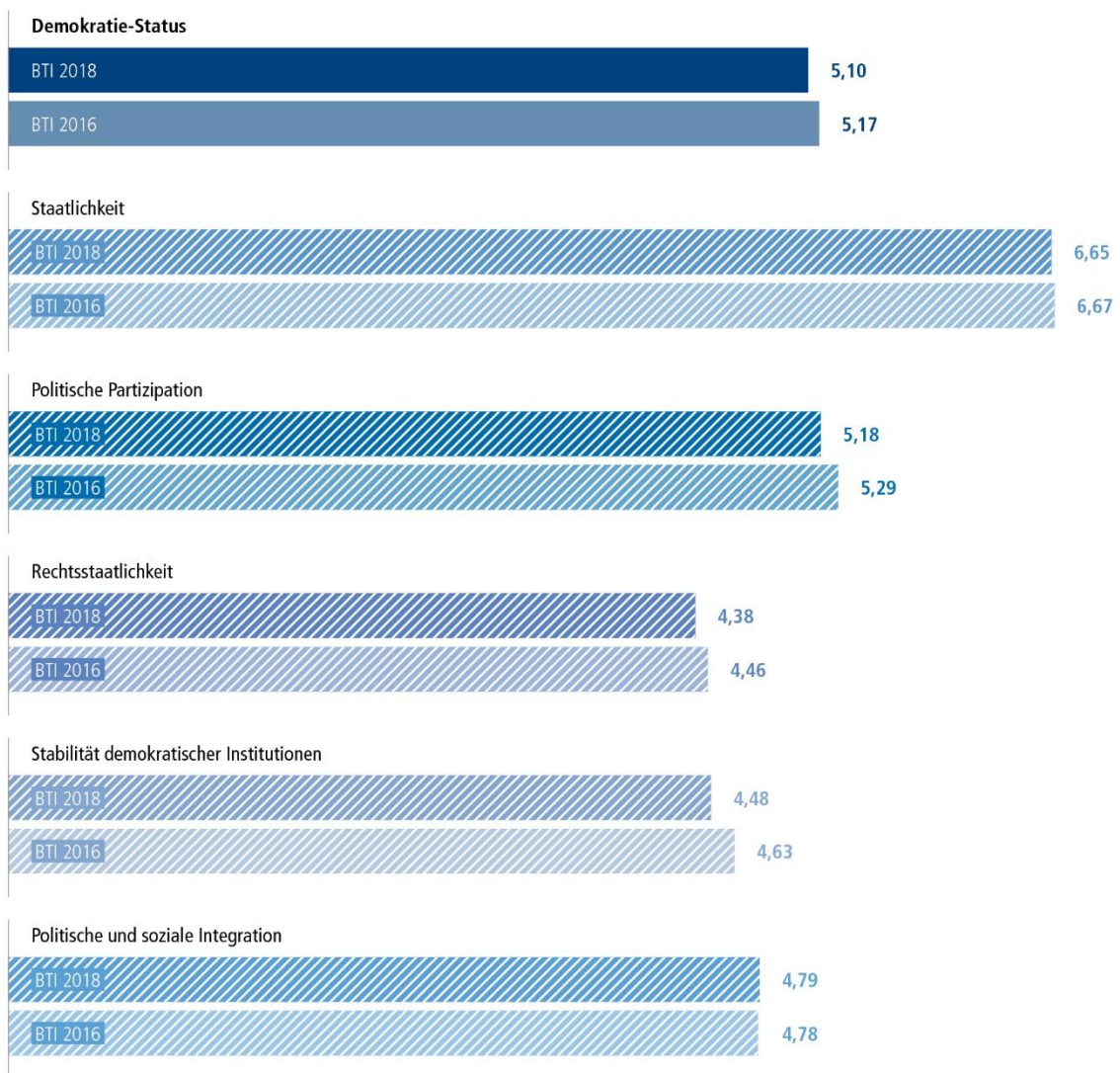
Abbildung 1: Politische Transformation in Afrika



Nichts hat die Beschneidung demokratischer Kontrollinstanzen deutlicher vor Augen geführt als die Abschaffung von Amtszeit- und Altersbegrenzungen für Staatspräsidenten (Prempeh 2008). Wäh-

rend solche Beschränkungen bisher zwar in mehr Ländern eingehalten als abgeschafft wurden (Posner und Young 2018), setzte sich in den Jahren 2015–2017 der beunruhigende Trend fort, dass Regierende in den autoritärsten Staaten des Kontinents ihre Macht dafür benutzten, um sich selbst als Präsidenten auf Lebenszeit einzusetzen. Nach Dschibuti (2011), der Republik Kongo (2015) und Burundi (2015) wurde die Limitierung der Amtszeit von Präsident Paul Kagame in Ruanda im Jahr 2017 umgangen, während der ugandische Präsident Yoweri Museveni – der sich bereits 2006 seiner Amtszeitbegrenzung entledigt hatte – erfolgreich auf die Verabschiedung eines Gesetzes hinarbeitete, das Ende 2017 auch zur Aufhebung von Altersbegrenzungen führte (Cheeseman 2019).

Abbildung 2: Politische Transformation in Afrika, regionaler Durchschnitt, BTI 2016-2018



Dieser generelle Trend dämpfte vor Ort und international das Vertrauen in die Aussicht auf demokratische Konsolidierung. Gemäß dem „Afrobarometer“, das repräsentative landesweite Umfragen in 37 afrikanischen Ländern durchführt, glaubt eine klare Mehrheit von Bürgern in fast allen afrikanischen Ländern auch weiterhin, dass die Demokratie das beste politische System für ihr Land ist,

doch das Ausmaß dieser Zustimmung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen (Mattes und Bratton 2016).

Aber auch wenn das Gesamtbild Anlass zur Sorge gibt, zeigten sich doch ebenfalls einige positive Entwicklungen, die diese resignative Stimmung aufhellen. 2004 ereignete sich in Tunesien ein friedvoller Machtwechsel an den Wahlurnen, als Präsident Moncef Marzouki von Béji Caid Essebsi geschlagen wurde. Zwei Jahre später wurde auch Ghana zum Schauplatz eines reibungslosen Regierungswechsels im Zuge allgemeiner Wahlen im Dezember 2016 (Bob-Milliar und Paller 2018), die zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Niederlage eines regierenden Präsidenten zum Ergebnis hatten (Cheeseman et al. 2017). Ein Jahr danach wurde Präsident Yahya Jammehs Diktatur in Gambia beendet, als er die Wahlen gegen Adama Barrow verlor. Obwohl Jammeh sich anfänglich weigerte, das Wahlergebnis anzuerkennen, wurde er in der Folge durch konzertierte internationale Interventionen doch dazu gezwungen, die Macht abzugeben – nach einer klaren Stellungnahme seitens der Afrikanischen Union (AU) und dem Einsatz von Truppen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS). In jüngerer Zeit haben der Aufstieg von Abiy Ahmed als neuem Premierminister von Äthiopien am 2. April 2018 sowie die Reformagenda, die er benannt hat, Hoffnungen dahingehend geweckt, dass die regierende Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (EPRDF) das Land zukünftig offener und inklusiver führen und stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen wird.

Tabelle 1: Status der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte > 4	Werte < 4
Mauritius	Ghana	Mali	Uganda ▼▼	Kamerun
Botswana	Benin	Côte d'Ivoire	Togo	Ruanda
	Südafrika	Lesotho	Algerien	Simbabwe ▼
	Namibia	Madagaskar	Mosambik ▼	Burundi ▼
	Senegal	Nigeria	Mauretanien	Marokko
	Liberia		Angola	Ägypten
	Tunesien			Zentralafrikanische Rep. ●
	Malawi			Kongo, DR ●
	Burkina Faso ▲▲			Tschad
	Niger			Kongo, Republik
	Kenia			Äthiopien
	Sierra Leone			Südsudan ●
	Tansania			Libyen ●
	Guinea ▲			Sudan
	Sambia			Eritrea
				Somalia ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Demokratie-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016, Punkte markieren gescheiterte Staaten.

Die autoritäre Strömung andernorts auf dem Kontinent spiegelt sich auch in den Veränderungen der Ergebnisse in den BTI-Berichten von 2016 zu 2018 wider. Der durchschnittliche Wert des Demokratie-Status betrug 2018 nur 5,10 auf einer Skala bis 10, was einen leichten Rückgang vom Wert 5,17 in 2016 bedeutet. In Übereinstimmung damit bestätigt die Tabelle 1, dass mehr Länder signifikante Schritte in Richtung Autoritarismus (4) als in Richtung Demokratie (2) unternommen haben. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die überwiegende Mehrheit der Staaten innerhalb der Kategorisierung

von 2016 verblieben ist, was zeigt, dass die in einigen Fällen beobachteten Veränderungen von verhältnismäßig geringer Bedeutung waren. Diese Einschätzung wird auch durch ähnliche Werte für 2016 und 2018 in Kriterien wie der politischen und sozialen Integration unterstützt (Abbildung 2).

Einer der Hauptfaktoren für demokratischen Niedergang war die rückläufige Gewährung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, das innerhalb der letzten beiden Erhebungen des Index von 5,34 auf 5,16 herabgesunken ist. Grund dafür waren verstärkte Bemühungen, sowohl traditionelle als auch soziale Medien zu zensieren und gegen abweichende Meinungen scharf vorzugehen. In weiten Teilen ist die zunehmende Repression auf dem Kontinent Ausdruck der Schwierigkeiten vieler Regierungsparteien, die Kontrolle über die politische Agenda zu bewahren. Vor allem die Einschränkung der freien Meinungsäußerung ist oft als Reaktion auf das Entstehen neuer Oppositionsgruppen und eng umkämpfte Wahlen zu sehen. Tatsächlich hat der BTI auch einen beständigen Rückgang des Ausmaßes freier und fairer Wahlen auf dem Kontinent verzeichnet, von einem Höchstwert von 5,50 im BTI 2014 über 5,45 im BTI 2016 bis herunter auf 5,30 im BTI 2018.

Die Bedeutung von Wahlen und Amtszeitbeschränkungen für demokratische Rückentwicklung hat sich insbesondere im Fall Ugandas gezeigt – dem Land, das im Zeitraum der beiden letzten Erhebungen des BTI den größten Rückgang an politischer Transformation aufwies und darum nicht mehr als defekte Demokratie, sondern als gemäßigte Autokratien eingeordnet wurde. Die Verschlechterung hatte ihre Ursache in den Kontroversen rund um die allgemeinen Wahlen 2016, die Präsident Museveni auf sehr umstrittene Weise gewann. Obwohl Museveni zum offiziellen Gewinner mit einem komfortablen Vorsprung erklärt wurde, waren die Abstimmungen – überschattet durch Schikanen und die Verhaftung des Oppositionsführers Kizza Besigye – Anlass für heftige Kritik von den Oppositionsparteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen und einigen internationalen Beobachtern (Abrahamsen und Bareebe 2016). Der BTI-Report fasst das so zusammen: „Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 18. Februar 2016 und ihre Folgen überschatteten die anderen Ereignisse dieser Zeit.“ Auch wenn die Wahlen die autoritäre Basis von Präsident Musevenis Regierung vor Augen geführt haben, so ist dennoch zu beachten, dass sie keine Ausnahme darstellen, sondern vielmehr ein Nachhall der Art und Weise waren, wie die Nationale Revolutionäre Bewegung (NRM) in den zehn Jahren zuvor regiert hatte (Tripp 2010). Mit Verweis auf die Zentralisierung der Macht unter der Präsidentschaft und die wachsende politische Rolle des Militärs dokumentieren die BTI-Berichte einen stetigen Rückgang der Qualität der Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sowie Gewaltenteilung und eines funktionierenden Systems von Kontrollinstanzen zum Schutz vor Amtsmissbrauch.

Das einzige andere Land, das einen ähnlich dramatischen Umbruch in seiner politischen Landschaft erlebte, war Burkina Faso, das sich infolge der Entlassung von Präsident Blaise Compaoré im Jahr 2014 nach 27 Amtsjahren in eine gegensätzliche Richtung bewegte. Ironischerweise war der Auslöser für den Aufstand, der Compaoré stürzte, in diesem Fall ebenfalls der Versuch, die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten zu beseitigen. Ohne eine vergleichbare Machtfülle wie seine ruandischen und ugandischen Pendanten ausgestattet, erwies sich Compaoré als nicht in der Lage, den ihm entgegenschlagenden Unmut über seinen Versuch der Präsidentschaftsverlängerung einzudämmen. Er war sogar gezwungen, ins Exil zu fliehen, nachdem Demonstranten das Parlamentsgebäude in Brand gesetzt hatten (Frère und Englebert 2015). Diese Ereignisse führten zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2015, die mit Präsident Roch Marc Christian Kaboré von der People's Movement for Progress (Mouvement du Peuple pour le Progrès, MPP) eine neue Zivilregierung an die Macht brachten. Die neue Regierung war erfolgreich darin, ein offeneres politisches

Klima zu erzeugen, das politische Rechten und bürgerliche Freiheiten schützt. Diese Errungenschaften bleiben jedoch aufgrund häufiger terroristischer Anschläge, des Überdauerns autoritärer Elemente innerhalb der Armee und der zarten Wurzeln demokratischer Institutionen äußerst fragil.

Die gegenläufigen Erfahrungen in Burkina Faso und Uganda während dieser Epoche weisen auf einen allgemeinen Trend politischer Polarisierung hin. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, deutet der aktuelle Stand der politischen Transformation auf einen tief gespaltenen Kontinent hin, mit annähernd der gleichen Anzahl an defekten Demokratien (15) und harten Autokratien (16). Es gibt nur wenige andere Weltregionen, die so polarisiert sind zwischen Ländern, die fest im Autoritarismus verwurzelt sind, wie Kamerun, Ägypten und Ruanda, und solchen, die zwar als defekte Demokratien gelten, aber dennoch das Potenzial haben, sich im Laufe der Zeit zu konsolidieren, wie Benin, Ghana, Namibia, Südafrika und Tunesien. Demgegenüber fallen nur relativ wenige Länder aktuell in die Kategorien in der Mitte des Spektrums der politischen Transformation.

Tabelle 1 zeigt auch einige wichtige subregionale Variationen. Im Durchschnitt haben West- und das südliche Afrika erhebliche Fortschritte in Richtung Demokratie in den letzten drei Jahrzehnten erzielt, während Ost-, Zentral- und Nordafrika diesbezüglich kaum vorangekommen sind. Dies ist insbesondere in Nordafrika klar ersichtlich, wo nur Tunesien einen demokratischeren Pfad eingeschlagen hat. Ägypten, Libyen und Marokko sind allesamt als harte Autokratien einzustufen. Dies geht auf das schwierige Erbe des Arabischen Frühlings und die unterschiedlichen Entwicklungslinien zurück, die diese „Revolutionen“ eröffnet haben. Während diese Umbruchzeit Tunesien eine zwar grundsätzlich fragile, aber im Vergleich trotzdem stabile Zivilregierung bescherte, hat Libyens schwache Übergangsregierung es nicht vermocht, die politische Ordnung aufrechtzuerhalten oder demokratische Institutionen zu etablieren. In ähnlicher Weise hatte der Sturz der gewählten Regierung von Präsident Mohammed Mursi durch das Militär im Jahr 2013 zu umfangreichen Repressionen in Ägypten geführt, einschließlich des Todes Tausender Demonstranten, Angriffen auf die koptisch-christlichen Gemeinden des Landes, der Verhaftung nahezu aller führenden Vertreter der „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ (Freedom and Justice Party) – also des politischen Vehikels Mursis und politischen Arms der Muslimbrüderschaft – und eines breiten Verstummens kritischer Stimmen.

## Die Wurzeln demokratischen Rückschritts und autoritärer Verhärtung

Demokratische Rückschritte und autoritäre Verhärtungen in diesem Zeitraum wurden durch eine Reihe von Faktoren erleichtert, beispielsweise die Einführung von Gesetzen, die eine größere Kontrolle über die Medien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erlauben. Eine wachsende Anzahl von Ländern, zu denen Algerien, Äthiopien und Ruanda gehören, hat Gesetze verabschiedet, die NGOs sehr strikt regulieren, einschließlich einer Begrenzung der finanziellen Mittel, die sie von ausländischen Quellen empfangen dürfen. Diese Entwicklung hat sich seit 2015 beschleunigt, als Ägypten und Uganda „Anti-NGO-Gesetze“ eingeführt haben.

Auch die Versuche, die sozialen Medien zu reglementieren, haben in den letzten Jahren zugenommen. Zwischen 2015 und 2017 haben Uganda, Gabun, Tschad, Burundi und die Republik Kongo während der Wahlen Internetdienste blockiert. Eine Reihe von Ländern hat ebenfalls subtilere Methoden angewandt, um die Informationsströme zu kontrollieren. Im August 2016 hat Simbabwe einen Entwurf für ein Gesetz zu Computer- und Cyberkriminalität vorgelegt, der sich als sehr umstritten erwies. Auch wenn dieses Gesetz noch nicht verabschiedet wurde, so hat die Regierung trotzdem

bereits ein Ministerium für Cybersicherheit, Bedrohungsanalyse und Migration ins Leben gerufen. Dies wurde von Aktivisten in den sozialen Medien mehrheitlich als Strategie der regierenden Partei, ihre Online-Kritiker zum Schweigen zu bringen, interpretiert. Jüngst hat Tansania Gesetze erlassen, die Blogger zwingen, sich bei der Regierung registrieren zu lassen und für eine entsprechende „Lizenz“ 930 US-Dollar zu zahlen. Ganz ähnlich hat die ugandische Regierung im Juni 2018 eine Soziale-Medien-Gebühr eingeführt, nachdem Präsident Museveni online heftig kritisiert worden war. Im selben Monat haben ägyptische Behörden Gesetze verabschiedet, die im Endeffekt regierungsfeindliche Ansichten, die über das Internet gepostet werden, unter Strafe stellen.

Demokratische Rückschritte sind auch durch die wachsende Anzahl an autoritären externen Partnern, die afrikanischen Staaten zur Verfügung stehen – etwa China, Iran, Russland und Saudi-Arabien –, begünstigt worden. Während viele dieser Länder nicht aktiv darauf hinwirken, autoritäre Herrschaftsformen in ihren Partnerstaaten zu befördern, knüpfen sie dennoch keine stringenten politischen Bedingungen an ihre finanziellen Hilfen, womit sie im Ergebnis die Kapazitäten anderer Staaten, demokratische Standards durchzusetzen, schwächen. Diese Entwicklung ging einher mit einer Vertrauenskrise unter westlichen Schlüsselstaaten hinsichtlich der Effektivität von Demokratieförderung (Carothers 2006). Während das Vereinigte Königreich – und in gewissem Maße auch die gesamte Europäische Union – ab 2016 mit dem Brexit zu tun hatte, wurde die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die Demokratieförderung im Ausland zu unterstützen, durch die Wahl von Präsident Donald Trump im Januar 2017 infrage gestellt. Vor allem scheint das US-amerikanische Außenministerium den Rang der Demokratieförderung im Rahmen seiner übergeordneten Ziele heruntgestuft zu haben.

Als Ergebnis dieser Trends bleibt festzuhalten, dass Regierungen, die es versäumen, demokratische Normen und Werte zu gewährleisten, in vielen Fällen ungestraft von der internationalen Gemeinschaft bleiben.

Vor diesem Hintergrund erschwert die starke Polarisierung innerhalb der afrikanischen politischen Systeme das Entstehen einer wirksamen gemeinsamen regionalen Reaktion auf demokratische Rückentwicklungen. Damit ist es auch schwer vorstellbar, dass die Afrikanische Union (AU) in der Lage sein wird, einen Konsens zu angemessenen Standards für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten herbeizuführen, wenn ihre Mitgliedsstaaten hinsichtlich ihrer eigenen politischen Systeme so sehr gespalten sind.

Um die Rolle der AU bei der Beförderung der politischen Transformation in Afrika richtig zu verstehen, ist es erforderlich, zwischen Maßnahmen zu unterscheiden, die auf den Schutz demokratischer Werte und Normen zielen, und solchen, die lediglich verfassungswidrige Machtwechsel verbieten. Seit die AU 2002 an die Stelle der „Organisation der Afrikanischen Einheit“ getreten ist und eine Gründungsakte verabschiedet hat, die verfassungswidrige Machtwechsel verbietet, haben die maßgeblichen regionalen Politiker eine viel stärkere Position gegenüber Militärputschen einnehmen können (Makinda et al. 2015). Bisher hat die AU eine Reihe von Ländern nach Machtübernahmen durch das Militär suspendiert, darunter Mauretanien (2005), Guinea (2008), Madagaskar (2009), Côte d’Ivoire (2010), Ägypten (2013) und die Zentralafrikanische Republik (2013). Alle wurden in der Folge wiederaufgenommen, in der Regel nach dem Übergang zu einer Zivilregierung oder nach einer öffentlichen Verpflichtung der Militärführer, Wahlen zuzulassen.

Diese Politik wurde jedoch nicht durch eine ebenso starke Verpflichtung zu freien und fairen Wahlen oder zu einer umfassenderen Vertiefung der Demokratie ergänzt (Tieku 2004). Trotz ihrer starken

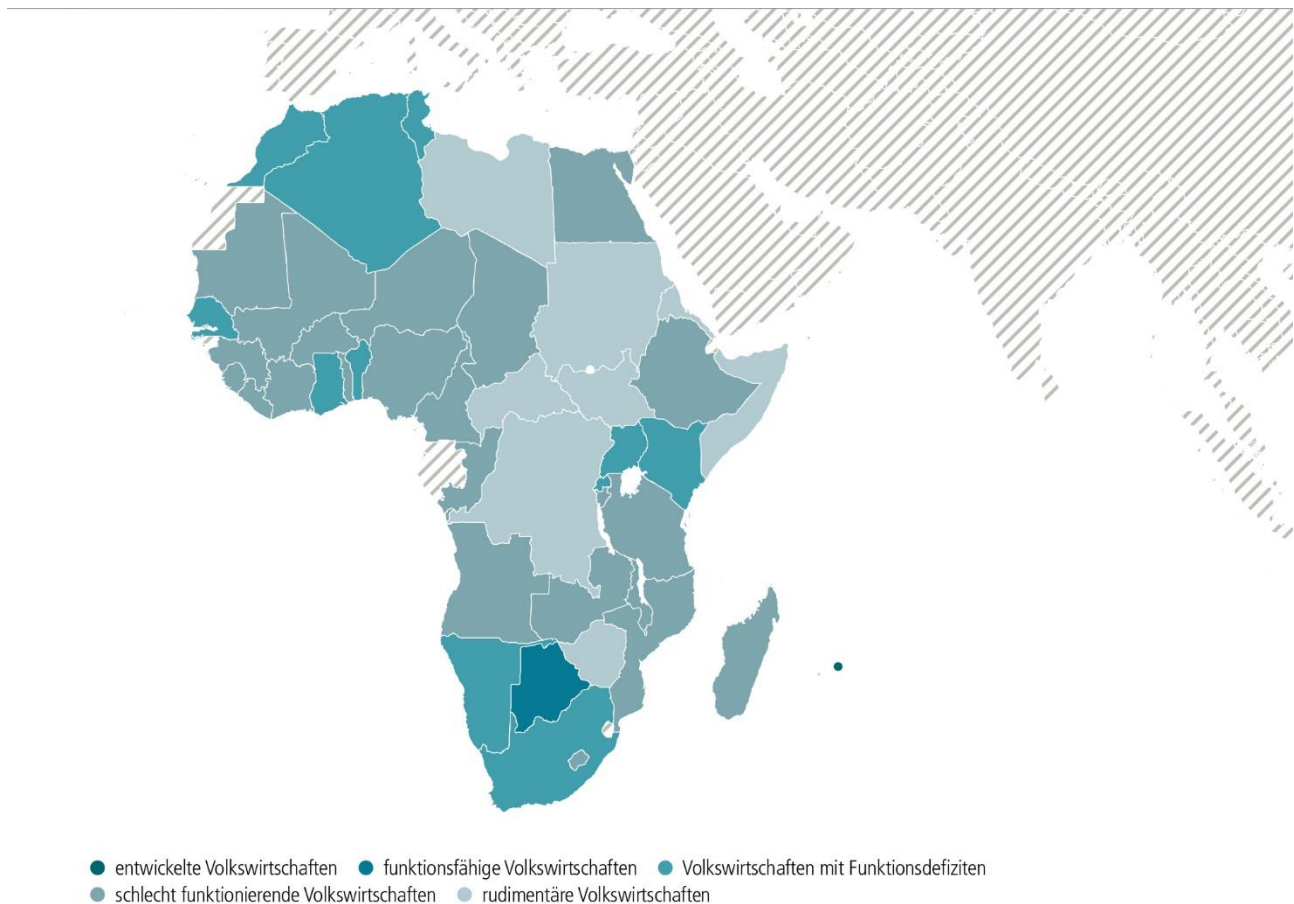
Haltung in der Gambia-Krise verfassen Wahlbeobachter der AU selten Berichte, die so kritisch sind wie die ihrer Amtskollegen in der Europäischen Union, insbesondere wenn es um die wirtschaftlich einflussreicheren Staaten des Kontinents geht. Überdies hat die AU auch zu demokratischen Rückschritten geschwiegen, die etwa in Kamerun und Simbabwe schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zur Folge hatten. Stattdessen haben Figuren wie Kameruns Paul Biya und Simbabwes Robert Mugabe prominente Führungsrollen innerhalb der AU selbst eingenommen (Tieku 2019).

Diese offensichtliche Doppelmoral wurzelt in der Verfolgung von Eigeninteressen und in einflussreichen Machtkonstellationen innerhalb der AU selbst. Alle Präsidenten haben ein gemeinsames Interesse daran, gegen verfassungswidrige Regierungswechsel wie im Falle militärischer Interventionen Stellung zu beziehen, weil auf diese Weise eine der größten Bedrohungen ihres eigenen Machterhalts reduziert wird. Demgegenüber würden aber Maßnahmen, die amtierende Regierungen dazu zwingen, freiere und fairere Wahlen zuzulassen, ebendiese amtierenden Politiker darin einschränken, Oppositionsparteien zu übergehen, und auf diese Weise ihre Machtposition zu schwächen. Regierungen von Ländern wie Angola, Kamerun und Tschad haben darum sorgfältig darauf geachtet, keine Politik mitzutragen, die der AU die Befugnis zum Eingreifen erteilen würde, wenn es darum geht, autoritäre Verhärtungen zu verhindern. Es sollte kein Präzedenzfall geschaffen werden, der im Weiteren auf sie selbst Anwendung finden könnte. Im Ergebnis all dieser Faktoren ist die AU kaum in der Lage, die Demokratie auf der Ebene des täglichen Lebens zu verteidigen, auch wenn sie inzwischen wirksamer dabei agiert, vom Umsturz amtierender Regierungen abzuhalten.

## Wirtschaftliche Transformation

Auch die wirtschaftliche Transformation in Afrika ist zum Stillstand gekommen. In der Nachfolge einer Phase in den 1990er Jahren, die Wachstum versprach, hat eine Kombination aus absinkender Nachfrage nach Rohstoffen und dem Scheitern vieler Staaten, ihre Volkswirtschaften zu diversifizieren, zu einem geringer als prognostizierten Wirtschaftswachstum zwischen 2015 und 2017 geführt. Im Durchschnitt sank das Wirtschaftswachstum der afrikanischen Subsahara-Ölstaaten von 5,4 % im Jahr 2014 auf 2,9 % im Jahr 2016. In einer Reihe von Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik, Libyen, Mali, Mosambik, Somalia, Nigeria und Südsudan spitzte sich dieser Trend bedingt durch chronische politische Instabilität und in einigen Fällen zivile Konflikte noch zu. Die sinkenden Einnahmen wiederum setzten die öffentlichen Haushalte erheblich unter Druck und schränkten damit die politischen Handlungsmöglichkeiten für die Staats- und Regierungschefs ein. Zusammen mit steigender Währungs- und Preisinstabilität hat dies eine Beeinträchtigung des Lebensstandards der Bürger in vielen Staaten zur Folge gehabt. In einer kleinen Anzahl von Staaten, darunter jedoch bedeutende, einschließlich Sambia und Tansania, wurde diese Dynamik noch durch den Aufstieg populistischer Politiker verstärkt, die versuchten, aus politischen und ökonomischen Gründen Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, und damit das Vertrauen von Investoren untergruben. Eine Folge dieser Veränderungen bestand darin, dass es nicht gelungen ist, potenzielle internationale Unterstützung effektiv für die Entwicklung des Landes zu nutzen. Eine weitere war – und das ist ein genereller afrikanischer Trend – eine steigende Schuldenlast, die Ressourcen in die Schuldentilgung und weg von Investitionen in das Sozialwesen und die Infrastruktur geleitet hat.

Abbildung 3: Wirtschaftliche Transformation in Afrika





Das schwierige wirtschaftliche Umfeld des Kontinents findet in der Leistung einzelner Länder und der gesamten Region bei den wichtigsten Kennzahlen zur wirtschaftspolitischen Steuerung ihren Niederschlag. Der durchschnittliche wirtschaftliche Transformationsstand im BTI fiel zwischen 2016 und 2018 von 4,53 auf 4,42. Dieser Rückgang wurde nicht durch einzelne Faktoren getrieben, sondern es zeigen sich sinkende Werte bei *jeder* wichtigen wirtschaftlichen Messgröße, einschließlich des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus, der Währungs- und Preisstabilität, des Privateigentums, der Sozialordnung sowie der Leistungsstärke der Volkswirtschaft (Abbildung 4).

Die auffälligste Verschlechterung trat im Feld der Leistungsstärke der Volkswirtschaft auf, wo der fallende Wert von Schlüsselexportgütern wie Öl und Kupfer das Wirtschaftswachstum in einer Reihe von Ländern abgebremst hat. Der Afrikanischen Entwicklungsbank zufolge lag das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2015 bei robusten 3,6 %, was im Vergleich mit den 3,1 % der gesamten Weltwirtschaft positiv erscheint und mehr als doppelt so hoch war wie im Euroraum mit 1,5 %. Das Wachstum sank jedoch 2016 auf nur noch 2,2 %, was vor allem auf eine Verlangsamung der Entwicklung in den wichtigsten Öl-Ökonomien des Kontinents, Nigeria, Algerien und Ägypten, zurückzuführen ist, die zusammen mehr als die Hälfte des afrikanischen BIP auf sich vereinen. Infolge der Stabilisierung einiger Rohstoffpreise und der Erholung der Weltwirtschaft nach der Finanzkrise 2007/08 stieg das Wachstum 2017 dann wieder auf einen Wert von 3 % an. Trotzdem war diese Zahl kleiner als prognostiziert und blieb auch unter dem Wert von 2015.

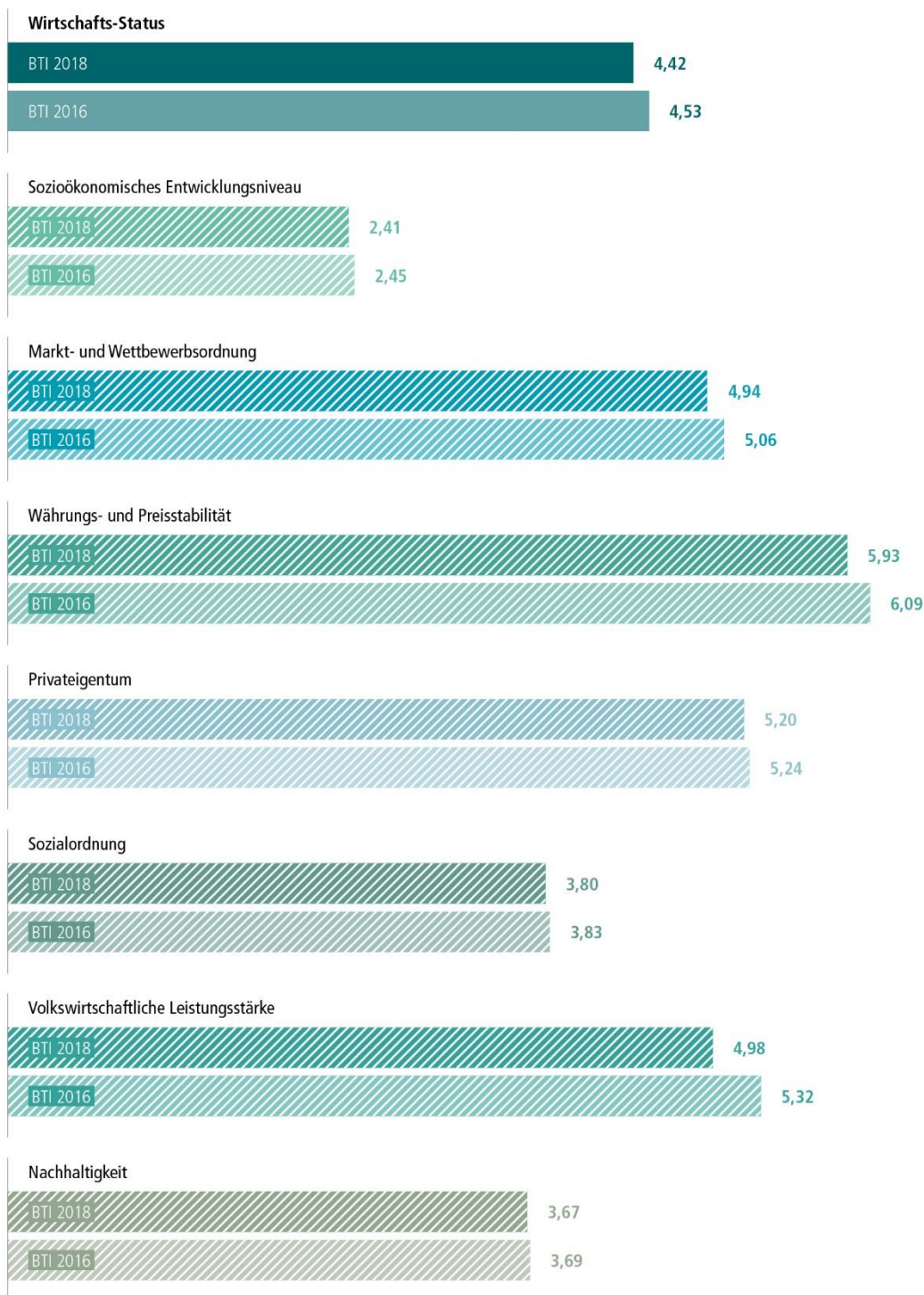
Ebenso wie bei der politischen Transformation ist zu beachten, dass die generelle Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke eine Reihe von sehr unterschiedlichen Trends über den ganzen Kontinent hinweg verdeckt. In Übereinstimmung mit den Entwicklungsmustern der letzten fünf Jahre verzeichnete Ostafrika die höchste Wachstumsrate (5,1 % in 2016 und 5,4 % in 2017), was als Ergebnis hoher staatlicher Investitionen in die Infrastruktur, einer soliden Inlandsnachfrage und eines vergleichsweise hohen Grades wirtschaftlicher Integration zu sehen ist. Auch wenn dies das höchste subregionale Wachstum des Kontinents darstellt, verharrte trotzdem jedes ostafrikanische Land auf demselben Niveau wirtschaftlicher Transformation wie 2016, mit Ausnahme von Tansania, das sogar zur schlecht funktionierenden Marktwirtschaft herabgestuft wurde.

Auch in Nordafrika zeigt sich ein gemischtes Bild. Insgesamt wuchs die Region 2016 – insbesondere wegen der wirtschaftlichen Erholung in Ägypten – um beachtliche 3,1 %. Der Zusammenbruch der libyschen Wirtschaft, die in diesem Zeitraum ein negatives Wachstum aufwies, bremst die Region jedoch weiterhin. Zudem steht zu befürchten, dass hohe Inflation und Bevölkerungswachstum die Wachstumseffekte auch in Ägypten beeinträchtigen werden. Im südlichen Afrika war die Situation noch komplizierter. Dort verringerte sich das Wachstum von 1,6 % im Jahr 2015 auf 0,9 %. Dies folgt dem Muster des letzten Jahrzehnts, demzufolge die wirtschaftliche Stagnation Südafrikas – des regionalen Hegemons – und der wirtschaftliche Zusammenbruch Simbabwe Handel und Wachstum herabgedrückt haben.

Auch Zentral- und Westafrika zeigten eine schwache Wirtschaftsleistung und verzeichneten ein Wachstum von nur 0,4 bzw. 0,5 %, teils aufgrund niedriger Ölpreise, teils weil es die Regierungen nicht geschafft haben, ihre Volkswirtschaften zu diversifizieren und die Binnennachfrage durch Förderung des subregionalen Handels zu steigern. Vor allem Westafrika wurde schwer von einer wirtschaftlichen Rezession in Nigeria getroffen, das auch weiterhin unter den Auswirkungen niedriger Ölpreise und den Anschlägen von Boko Haram bis 2017 litt. Da Nigeria fast drei Viertel zum westafrikanischen BIP beiträgt, treten erhebliche Verbesserungen in Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Togo und Senegal quasi gar nicht in den Blick, wenn man nur die Gesamtzahlen betrachtet. Während die

übrigen Länder Westafrikas mit beeindruckenden 6 % in 2016 wuchsen, schrumpfte die nigerianische Wirtschaft um 1,5 %. Obwohl das subregionale Wachstum 2017 wieder auf 2,5 % anstieg, wirken die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nigerias nach wie vor als Bremse für eine breitere wirtschaftliche Transformation.

Abbildung 4: Wirtschaftliche Transformation Afrikas, regionaler Durchschnitt, BTI 2016-2018



Eine ähnliche Situation ergibt sich für Zentralafrika, wo 2016 eine Rezession in drei erdölabhängigen Volkswirtschaften der Subregion, Äquatorialguinea (–7,3 %), Tschad (–6,4 %) und der Republik Kongo (–2,4 %), die Wachstumsaussichten beeinträchtigte. Diese Lage wurde noch durch politische Instabilität und Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik sowie die anhaltende Unsicherheit im angrenzenden Südsudan und in der Demokratischen Republik Kongo verschlimmert.

## Die Schuldenlast

Geringeres Wirtschaftswachstum bringt wachsende Belastungen für öffentliche Haushalte mit sich. Einige Regierungen reagieren darauf mit Ausgabenkürzungen, was sinkende Sozialausgaben und einen damit einhergehenden Rückgang des Wertes im BTI-Kriterium Sozialordnung von 3,83 auf 3,80 zur Folge hatte. Dies wiederum wirkte sich auf die sozioökonomische Entwicklung aus, die im BTI-Index für diesen Zeitraum von 2,45 auf 2,41 fiel. Andere Regierungen wählten andere Wege und nahmen zusätzliche Schulden auf, um Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen weiterhin zu gewährleisten. Als Konsequenz erhöhten wachsende Schuldenlasten die Kosten für die Schuldentilgung und nährten Ängste vor einer neuen Schuldenkrise.

Dieser Trend fand seinen repräsentativen Niederschlag in der Ausgabe von Eurobonds durch eine Vielzahl von afrikanischen Staaten wie Angola, Äthiopien, Côte d'Ivoire, Gabun, Ghana, Kenia, Namibia, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Seychellen und Südafrika. Die Überzeichnung früher Anleihen verleitete die Finanzminister des Kontinents zur Überzeugung, dass internationale Kreditmärkte zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden könnten, die wiederum das Wirtschaftswachstum antreiben würden. Damit könnten Schulden bedient werden, ohne die Staatsausgaben reduzieren zu müssen, so die Annahme. Diese rosigen Erwartungen wurden jedoch durch die globale Konjunkturerholung – die die Attraktivität des Kontinents für ausländische Investitionen verringerte – und die wachsende Besorgnis über die Zwecke, für die viele afrikanische Regierungen Kredite verwendeten, gedämpft. Beispielsweise der ghanaischen und der sambischen Regierung wird vorgeworfen, Kreditmittel in die Finanzierung fortlaufender Staatsausgaben umzuleiten, die zur Investition in die Produktivitätssteigerung bestimmt waren. Zeitgleich waren in Kenia die Titelseiten der Zeitungen gefüllt mit Meldungen zu Korruptionsskandalen, als Oppositionspolitiker Regierungsmitglieder beschuldigten, internationale Kredite zur eigenen Bereicherung veruntreut zu haben.

Zusammengenommen trieben diese Entwicklungen die Kosten für die Kreditaufnahme in den weniger erfolgreichen Volkswirtschaften des Kontinents in die Höhe und bedeuteten, dass afrikanische Staaten sich in dieser Zeit in beträchtlichem Umfang weiter verschuldeten. Gemäß den von der Brookings Institution ermittelten Zahlen hat sich die Schuldenstandsquote in Subsahara-Afrika zwischen 2008 und 2016 zum ersten Mal seit der Entschuldungsinitiative der „Hochverschuldeten armen Länder“ (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) mit einem Wert von über 40 % mehr als verdoppelt und 2017 die 50 %-Marke überschritten. Diese Zahlen sind besonders beunruhigend, und dies noch mehr unter der Annahme, dass hier möglicherweise öffentlich nicht bekannt gemachte Vereinbarungen nicht enthalten sind – wie z. B. „versteckte Verschuldungen“, die mit einigen chinesischen Kreditgebern abgeschlossen wurden.

Die Kapazität afrikanischer Staaten, dieses Verschuldungsniveau zu halten, variiert erheblich. Länder, die weiterhin schnell wachsen (wie Äthiopien), oder die durch den Export von Öl und Gas hohe Einnahmen erzielen (wie Äquatorialguinea), können möglicherweise ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachkommen. In 2017 hatte jedoch bereits eine Reihe von Volkswirtschaften mit einer in der

Vergangenheit schwankenden Wirtschaftsleistung außergewöhnlich hohe Schuldenlasten, darunter Eritrea, die Republik Kongo, Ägypten, Mosambik und Mauretanien, wo die Schuldenstandsquote 95 % übersteigt. Dies stellt eine zentrale Herausforderung für wirtschaftliche Nachhaltigkeit dar.

Tabelle 2: Stand der wirtschaftlichen Transformation

entwickelte Volkswirtschaften Werte 10 bis 8	funktionsfähige Volkswirtschaften Werte < 8 bis 7	Volkswirtschaften mit Funktionsdefiziten Werte < 7 bis 5	schlecht funktionierende Volkswirtschaften Werte < 5 bis 3	rudimentäre Volkswirtschaften Werte < 3
Mauritius ▲	Botswana	Südafrika	Côte d'Ivoire	Zentralafrikanische Rep.
		Tunesien	Tansania ▼	Simbabwe ▼
		Uganda	Sambia ▼	Kongo, DR
		Ruanda	Ägypten	Libyen
		Ghana	Lesotho ▼	Sudan
		Namibia	Togo	Südsudan
		Marokko	Madagaskar	Eritrea
		Kenia	Liberia	Somalia
		Senegal	Kamerun	
		Algerien	Malawi	
		Benin	Burkina Faso	
			Guinea	
			Mali	
			Mauretanien	
			Burundi	
			Mosambik	
			Sierra Leone	
			Niger	
			Nigeria	
			Angola	
			Äthiopien	
			Kongo, Republik	
			Tschad	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Wirtschafts-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016.

## Die populistische Herausforderung

Wenn es um die wirtschaftliche Transformation geht, haben vier Länder innerhalb der letzten beiden Erhebungen des BTI einen Wechsel der Kategorie zum Schlechteren erfahren müssen: Lesotho, Tansania, Sambia und Simbabwe (siehe Tabelle 2). In zwei dieser Fälle – Tansania und Sambia – wurde dies größtenteils auf das Auftauchen populistischer Führer zurückgeführt, die die Absicht haben, eine undurchführbare Wirtschaftspolitik zu praktizieren. Tatsächlich aber wird die populistische Bedrohung verantwortungsvollen ökonomischen und politischen Managements in Afrika häufig übertrieben dargestellt. Auf der einen Seite gibt es nur sehr wenige Länder, die von Politikern regiert werden, die ernsthaft als Populisten bezeichnet werden können. Auf der anderen Seite waren populistische Bewegungen mitunter erfolgreich darin, die Unterstützung der Bevölkerung für die Erhöhung der Staatsausgaben in wichtigen Bereichen wie Gesundheit und Bildung zu gewinnen, und konnten so ein höheres sozioökonomisches Entwicklungsniveau erreichen (Cheeseman und Hinfelaar 2009). Dies war in Sambia der Fall, wo sich Michael Satas Partei „Patriotische Front“ in der

Opposition für einen größeren Etat für das Gesundheitswesen und einen nationalen Mindestlohn einsetzte und einige dieser Versprechen nach dem Machtgewinn im Jahr 2011 dann auch einlöste.

Aber ungeachtet dieser Einwände und Gegenbeispiele deuten die Entwicklungen in Tansania und Sambia seit 2015 darauf hin, dass populistische Präsidenten mitunter durchaus für die Verschlechterung des wirtschaftlichen Managements verantwortlich waren. In Sambia kam Präsident Edgar Lungu 2015 an die Macht, als er die Nachfolge von Michael Sata nach dessen frühem Tod im Amt Ende 2014 antrat. Ohne das Charisma seines Vorgängers und konfrontiert damit, bereits im Jahr 2015 eine Präsidentennachwahl und nur ein Jahr später eine Parlamentswahl bestreiten zu müssen, kämpfte Lungu um die Behauptung seiner Autorität. Vor dem Hintergrund niedriger Kupferpreise – Sambia ist noch immer sehr vom Kupfer abhängig, um an Devisen zu kommen und steigende Schulden zu finanzieren – agierte Lungu in Übereinstimmung mit den populistischen Positionen der Patriotischen Front, lenkte sie aber zunehmend in eine repressive Richtung. Sein Hauptkonkurrent Hichilema Hakainde wurde nach der umstrittenen Wahl 2016 aufgrund politisch motivierter Umsturzpläne verhaftet (Sishuwa 2018).

Aus Sorge, die Unterstützung des Volkes zu verlieren, die er für die Kandidatur für eine dritte Amtszeit benötigt,<sup>1</sup> hat der Präsident es konsequent vermieden, die schwierigen Entscheidungen für eine langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes zu treffen. Es ist der Patriotischen Front insbesondere trotz dreier Verhandlungsrunden nicht gelungen, mit dem Internationalen Währungsfonds ein Wirtschaftsrettungspaket in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar zu vereinbaren. Infolge des Scheiterns bei der Beschaffung zusätzlicher Mittel und der Weigerung Lungus, die staatlichen Ausgaben zu reduzieren, stieg die Staatsverschuldung weiter an und überschreitet nun eine Summe von 12,5 Milliarden US-Dollar – über 60 % des BIP. In Reaktion darauf sind die Kosten für die Schuldentilgung auf über 1 Milliarde Dollar pro Jahr gestiegen – mehr als der gesamte Haushalt für Gesundheit und Bildung beträgt –, und die Risiken werden zunehmend unkontrollierbar, da das Wirtschaftswachstum zudem auch noch von 5,1 % in 2013 auf 3,3 % in 2016 zurückging.

In Tansania hatte die Wahl des Populisten John Magufuli im Jahr 2015 ebenfalls erhebliche wirtschaftliche Folgen. Magufuli, der wegen seines kompromisslosen Stils den Spitznamen „Bulldozer“ erhielt, wurde schnell für seine Volksnähe gelobt, als er bereit war, sich sogar selbst die Hände schmutzig zu machen und sich im Zuge einer „öffentlichen Saubermachaktion“ den Straßenkehrern anzuschließen, um die Straßen in der Umgebung der Präsidentenresidenz zu reinigen. Die Entschlossenheit des Präsidenten, seine bevorzugte Politik auch durchzusetzen, brachte ihn jedoch oft in die Lage, umstrittene Positionen einzunehmen und außerhalb der üblichen Kanäle politischer Gestaltung zu operieren. Eine wirksame Reform des öffentlichen Sektors blieb aus, aber die kontinuierliche Entlassung von Beamten, die der Korruption verdächtigt wurden, fand in der Bevölkerung wegen des demonstrativ gezeigten Willens zur Bekämpfung von Bestechung wohlwollende Zustimmung, erzeugte aber auch erhebliche Instabilität in wichtigen Wirtschaftsbereichen einschließlich der Verwaltung halbstaatlicher Institutionen. Zur gleichen Zeit ließ ein scharfes Vorgehen gegen Oppositionsparteien die Befürchtungen hinsichtlich demokratischer Rückschritte wachsen (Paget 2015). In diesem Zusammenhang trugen eine feindselige Rhetorik gegen ausländische Investoren sowie die Drohung, dass die Steuern einseitig erhöht werden könnten, dazu bei, dass die ausländischen Direktinvestitionen von 4,3 % des BIP in 2015 auf 2,6 % in 2016 zurückgingen, während das

---

<sup>1</sup> Lungus Anhänger fordern, dass ihm eine zusätzliche Amtszeit gewährt werden sollte, da seine erste Amtszeit, in der er Sata ersetzte, nur 18 Monate dauerte, obwohl die Verfassung eine Begrenzung auf zwei Amtszeiten vorschreibt. Seine Berechtigung, eine dritte Amtszeit auszufüllen, wurde im Dezember 2018 vom Verfassungsgericht bestätigt – einem Organ, für das er alle fünf Richter selbst ernannt hatte.

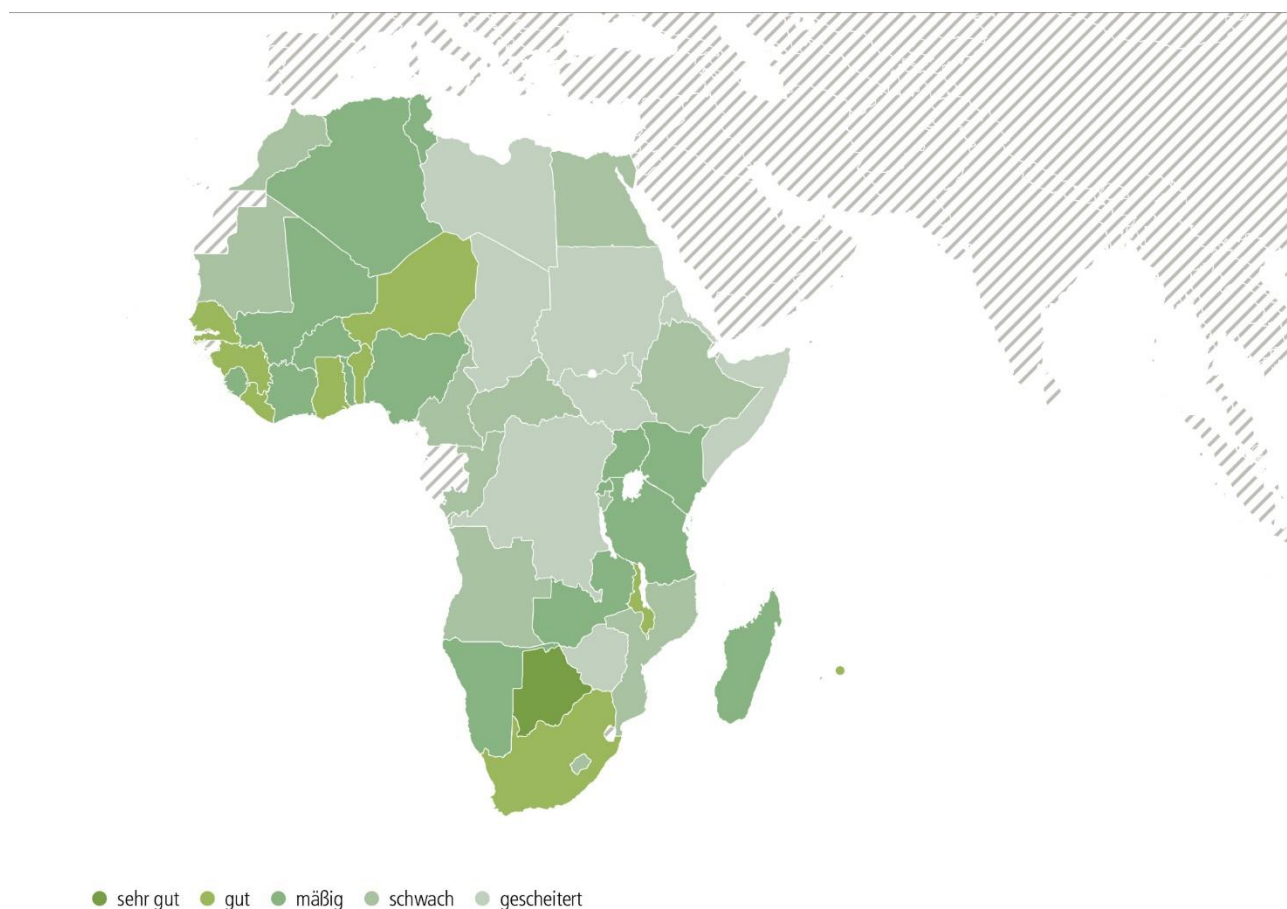
Exportwachstum von 17,7 % des BIP in 2014 auf 5,2 % in 2016 fiel. Das Ergebnis dieser Politik besteht darin, dass Tansania – obwohl es ein gesundes Wirtschaftswachstum (rund 7 % pro Jahr) aufweist – eine wichtige Gelegenheit verpasst hat, weitere wirtschaftliche Transformationsfortschritte und die Verringerung der Armut zu erreichen.

Es sollte zudem beachtet werden, dass populistische Bewegungen und Führungspersonen auch dann einen spürbaren Einfluss haben können, wenn sie nicht an die Macht kommen. In Südafrika z. B. haben Jacob Malema und seine „Economic Freedom Fighters“ (EFF) eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung der Politik des regierenden Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) unter dem neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa gespielt. Nachdem die EFF ein beeindruckendes Engagement gezeigt haben, um den Druck auf Präsident Jacob Zuma während seiner Amtszeit aufrechtzuerhalten, indem sie mit öffentlichkeitswirksamen waghalsigen Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments auf seine Korruption aufmerksam machten, waren sie auch an zentraler Stelle mit dabei, als es darum ging, die Landreform auf die politische Tagesordnung zu setzen. Insbesondere der Einsatz Malemas für eine entschädigungslose Landenteignung zwang den ANC – der zuvor eine viel vorsichtigere Linie verfolgt hatte – zu einer ähnlichen Politik, um in dieser Frage mit wachsender Bedeutung nicht ins Hintertreffen zu geraten. Dies gibt Anlass zu Spekulationen, dass die EFF in der Lage sein könnten, weitere politische Veränderungen zu bewirken, ohne jemals an der Macht zu sein – etwa indem sie den ANC mit Befürchtungen vor sich her treiben, dass die Unterstützung für die Partei schwinden könnte, nachdem sie unter Zuma bei den Bürgern in Ungnade gefallen ist.

## Governance

In Übereinstimmung mit den bereits dargestellten Trends ist festzustellen, dass die Regierungsqualität in Afrika zwischen 2015 und 2017 zwar nur in geringfügigem, aber trotzdem bedeutsamem Umfang zurückgegangen ist. Dies war das Ergebnis von fünf übergeordneten Entwicklungen: andauernde Konflikte und politische Instabilität; ein Scheitern der Bekämpfung von Korruption und Ineffizienz; ein Mangel an gesellschaftlicher Konsensbildung und Regierungslegitimität in vielen Ländern; das Aufkommen von wirtschaftlichem Nationalismus in einer kleinen Gruppe von Ländern; sowie nur langsame Fortschritte in Richtung regionaler Integration.

Abbildung 5: Governance in Africa



Der erste dieser Trends ist von besonderem Gewicht, da viele afrikanische Staaten nur über eine schwach ausgebildete Gestaltungsfähigkeit verfügen, d. h. die Fähigkeit einer Regierung, politische Prioritäten festzulegen, diese umzusetzen und aus früheren Fehlern zu lernen. Dies ist zum Teil einer langen Phase wirtschaftlicher und politischer Misswirtschaft geschuldet, die während der Kolonialzeit begann und eine anhaltende politische Instabilität zur Folge hatte. Zahlreiche Regierungen vernachlässigen deshalb kontinuierlich dringende wirtschaftspolitische Aufgaben und Entscheidungen. Dies betrifft Länder wie Ägypten, Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Libyen, Mosambik, Nigeria, Simbabwe, Somalia, Südsudan und die Zentralafrikanische Republik.

Der zweite Trend – das Versagen, wirksame Schritte gegen Korruption und Ineffizienz zu ergreifen, was sich in einem Rückgang des regionalen Durchschnittswertes für Antikorruptionspolitik von 3,61 auf 3,52 niederschlägt – hat tief reichende historische Wurzeln (De Sardan 1999). Zu den Ländern,

deren Werte gemäß dem BTI-Indikator für Antikorruptionspolitik zwischen 2015 und 2017 gesunken sind, gehören Ghana, Liberia, Mauretanien, Mosambik, Namibia, Senegal und Sierra Leone. Als Folge daraus schwächte sich auch die Gesamtqualität der effizienten Ressourcennutzung ab, deren Durchschnittswert in diesem Zeitraum von 4,08 auf 3,93 fiel.

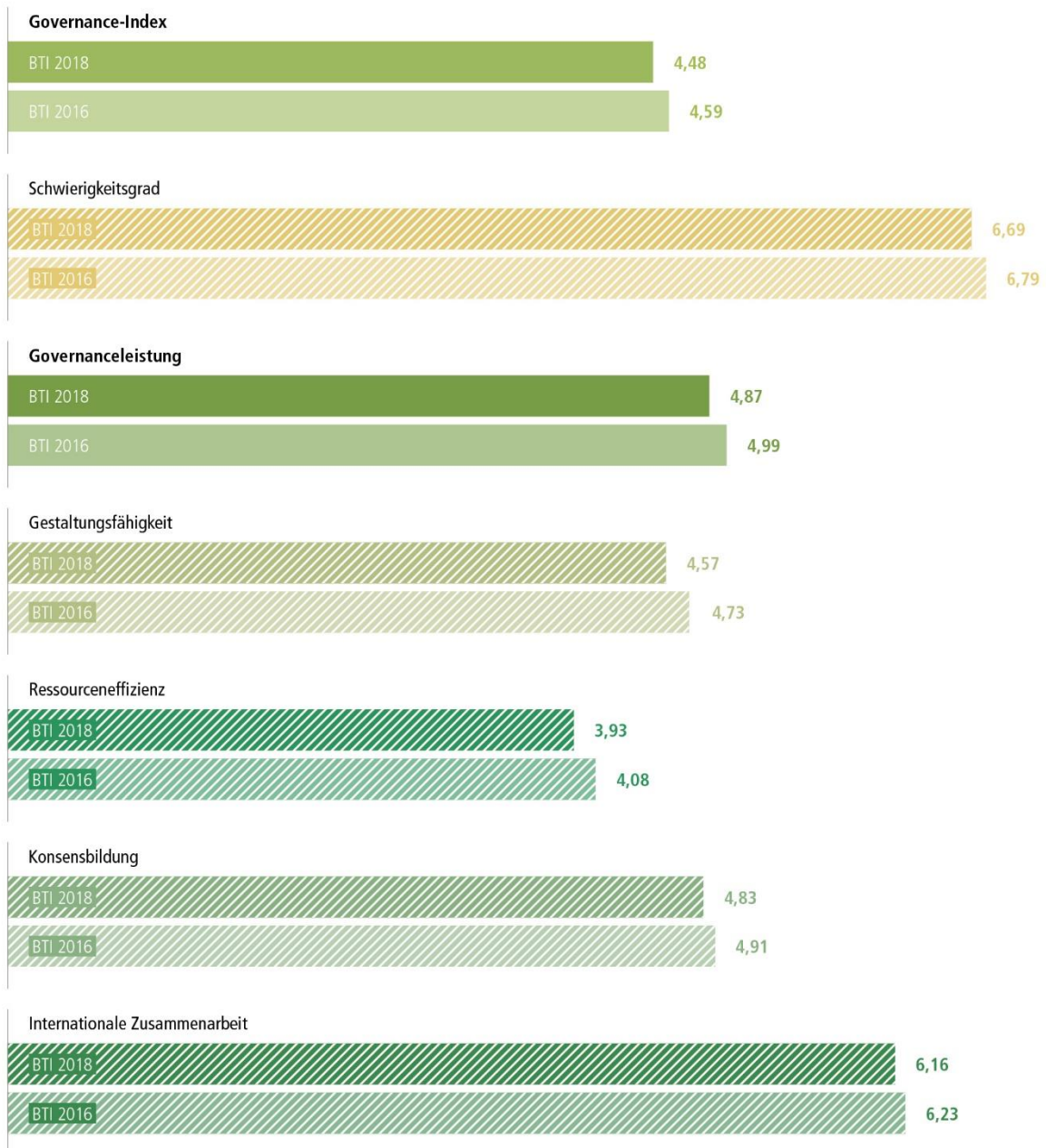
Als dritter Trend führten wachsende politische Spannungen, hervorgerufen durch umstrittene Wahlergebnisse und zunehmende Repression, zu einem Zusammenbruch der gesellschaftlichen Konsensbildung in vielen Staaten. Vor allem in konfliktreichen Staaten wie in Kenia, der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan, in denen Politik als Nullsummenspiel betrachtet wird, führte dies zu einer Verstärkung ethnischer Spaltungen und einer geringeren politischen Beteiligung der Zivilgesellschaft. Zusammen mit den anhaltenden terroristischen Aktivitäten im Sahel und in Teilen Ostafrikas untergrub dieser Trend die Legitimität einer Reihe von Regierungen. Andere Regierungen hingegen haben es wie in Ägypten geschickt verstanden, die terroristische Bedrohung zu nutzen, um eine größere öffentliche Unterstützung für repressive Maßnahmen im Interesse der Förderung von Stabilität und Sicherheit zu gewinnen (Oyewhole 2015).

Hinzu kam die Entscheidung einiger Regierungsparteien, eine Art von ökonomischem Nationalismus zu verfolgen. Dies erschwerte für Länder wie Sambia, Simbabwe und Tansania auch die Kooperation auf internationaler Ebene und schränkte Entwicklungsmöglichkeiten ein. In Simbabwe hatte sich beispielsweise die bis Anfang 2017 amtierende Regierung von Präsident Robert Mugabe schon seit Langem mit westlichen Gebern und einigen Nachbarstaaten überworfen. Mugabe verstieg sich zur Behauptung, dass die Oppositionsparteien im Auftrag der ehemaligen Kolonialmächte handelten, so dass sein Regime gezwungen sei, einen zweiten Befreiungskrieg gegen Großbritannien zu führen (Tendi 2010). Die von Mugabe angewandten Repressionsmaßnahmen und seine Feindseligkeit gegenüber westlichen Mächten hatten zum Ergebnis, dass Simbabwe effektiv von der internationalen Wirtschaftshilfe abgeschnitten wurde. Diese hätte dem Land helfen können, eine Reihe von schweren Krisen zu bewältigen – einschließlich Hyperinflation, des Verlustes der eigenen Währung (Simbabwe-Dollar) sowie des Zusammenbruchs der öffentlichen Dienste und des Gesundheitssektors (Chigudu 2019).

Eine gewisse Erholung trat ein, als Mugabe nach den Wahlen von 2008 gezwungen war, die Macht zu teilen und eine Regierung zusammen mit der Oppositionspartei „Movement for Democratic Change“ (MDC) zu bilden. Mit Tendai Biti von der MDC als Finanzminister hatten sich die Beziehungen Simbawes zu Wirtschaftspartnern und internationalen Finanzinstitutionen beträchtlich verbessert. Vier Jahre relativer politischer Stabilität und die Umstellung der Wirtschaft auf US-Dollar führten zu einer Phase wirtschaftlicher Erholung. Die Aufwärtsentwicklung Simbawes brach jedoch mit dem Ende der gemeinsamen Regierung und der mit dieser verbundenen Teilung der Macht im Jahr 2013 ab. Von diesem Zeitpunkt an erlitt die Wirtschaft einen weiteren Zusammenbruch, der durch hohe Haushaltsungleichgewichte, geringes Wirtschaftswachstum, begrenzte ausländische Direktinvestitionen und chronische Liquiditätsengpässe charakterisiert war. Das Wirtschaftswachstum 2016 sank auf lediglich 0,7 %, während Armut und Ungleichheit weiterhin auf einem besorgniserregenden Niveau blieben. Obwohl die Geschehnisse in Simbabwe in mancher Hinsicht außergewöhnlich waren, war Mugabe kein Einzelfall: Wie der vorherige Abschnitt gezeigt hat, haben es auch die populistischen Führer in Sambia und Tansania zwischen 2015 und 2017 nicht zustande gebracht, die potenziellen politischen und wirtschaftlichen Vorteile einer vertieften internationalen Zusammenarbeit zu nutzen.



Abbildung 6: Governance in Afrika, regionaler Durchschnitt, BTI 2016-2018



Dieses Problem wurde durch einen fünften Trend, nämlich die anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Spannungen auf regionaler Ebene, noch verschärft. Insofern mangelte es an signifikanten Fortschritten hinsichtlich einer regionalen Wirtschaftsintegration. Ein bezeichnendes Beispiel stellt die Ostafrikanische Gemeinschaft (East African Community – EAC) dar, die sich bis heute als einer der dynamischsten Wirtschaftsblöcke des Kontinents erwiesen hat. Fortschritte in Richtung einer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der EAC wurden durch die lange Zeitdauer gebremst, die Kenia, Tansania und Uganda benötigten, um sich über den Verlauf einer geplanten Ölpipeline zu einigen. Das konkrete Design der Pipeline und die Entscheidung, ob sie durch Kenia führen wird oder nicht, sind nicht nur von zentraler Wichtigkeit, um die natürlichen

Ressourcen der Subregion an den Markt zu bringen, sondern auch weil der Bau der Rohrleitung eng mit dem „Lamu-Hafen–Südsudan–Äthiopien“-Transportkorridorprojekt (Lamu Port-South Sudan-Ethiopia-Transport (LAPSSET) Corridor project) zusammenhängt. Von diesem erwartet sich die kenianische Regierung, dass es die Entwicklung des Landes insgesamt und insbesondere den nördlichen Teil voranbringt.

Andere Elemente der wirtschaftlichen Integration, die von den Verantwortlichen der EAC seit Langem versprochen worden waren, darunter gemeinsame Visa, eine gemeinsame Währung und eine Abschaffung der vielen Ausnahmen, die die Mitgliedstaaten geltend machen können, um Waren vom „Gemeinsamen Markt“ auszuschließen, müssen noch wirksam umgesetzt werden. Dies folgt einem breiteren Trend, der sich noch wesentlich deutlicher im Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (Common Market for Eastern and Southern Africa – COMESA) und der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States – ECOWAS) zeigt. Und ähnliche Hürden sind auch auf kontinentaler Ebene zu nehmen. Obwohl viele Gespräche geführt worden sind, um sich überschneidende Mitgliedschaften und uneinheitliche Regeln der verschiedenen subregionalen Wirtschaftsgemeinschaften durch die Errichtung einer „Afrikanischen Freihandelszone“ zu überwinden, war dies bis Ende 2017 noch nicht erfolgt.

## Entwicklungen von Governance

Die Auswirkungen der fünf Trends sind in Abbildung 6 zu sehen. Sie zeigt, dass die durchschnittlichen Governance-Werte für Afrika im Zeitraum der letzten beiden Erhebungen des BTI auf breiter Front gefallen sind – auch wenn das Ausmaß des Rückgangs eher gering war. Es ist jedoch zu beachten, dass der Gesamtwert des Governance-Index des BTI berechnet wird, indem die Governance-Leistung mit einem Schwierigkeitsgrad, der sich aus den bestehenden Problemen ergibt, multipliziert wird, um eine Messgröße zu erhalten, die den jeweiligen Herausforderungen eines Landes Rechnung trägt. Insofern kann eine Verbesserung der Bedingungen durchaus zu niedrigeren Werten führen, da sich dann das Produkt beider Faktoren verringert. Der allgemeine Rückgang des Governance-Index in den letzten zwei Jahren ist Ergebnis sowohl der Verschlechterung der Regierungsleistung als auch einer Entspannung der Problematiken, denen sich einige Regierungen gegenübersehen.

Genau wie bei der politischen Transformation verdecken die kontinentalen Durchschnittswerte sehr unterschiedliche Verläufe auf Länderebene. Mit Botswana weist nur ein Land eine „sehr gute“ Qualität von Governance auf. Ansonsten sind die afrikanischen Länder ziemlich gleichmäßig über das gesamte Spektrum der Kategorien von „gut“ bis „sehr schlecht“ verteilt. Dieser Aspekt ist besonders anschaulich bei den Kriterien der Ressourceneffizienz und der Gestaltungsfähigkeit zu erkennen. Hinsichtlich der Gestaltungsfähigkeit, eine geeignete Politik zu entwickeln und umzusetzen, erreichen neun Länder einen Wert von höchstens 3,0, was sie innerhalb aller 129 vom BTI betrachteten Länder zu den am schlechtesten bewerteten macht. Zwei jedoch – Botswana und Mauritius – erhalten Werte über 7,5, womit sie Länder wie Indien und Südkorea übertreffen.

Eine ähnliche Bandbreite ist zu beobachten, wenn es Fragen der Ressourceneffizienz geht, beispielsweise hinsichtlich der Korruption. Unter den afrikanischen Staaten befinden sich laut BTI 7 der 13 korruptesten Staaten der Welt, inklusive der zwei schlechtesten Fälle innerhalb dieser Messgröße: Somalia und Südsudan. Aber während die Mehrheit der afrikanischen Staaten in globalen Korruptionsindizes schlecht abschneidet, ist das verbreitete Klischeebild eines Kontinents, der in

Korruption versinkt, eine irreführende Verallgemeinerung. Eine bedeutende Minderheit von Staaten hat beeindruckende Fortschritte bei der Reduzierung von Amtsmissbrauch und Bestechlichkeit gemacht. Botswana wurde im Korruptionsperzeptionsindex von Transparency International 2017 auf Platz 34 gerankt und lag damit noch vor der Tschechischen Republik, Polen und Spanien. Auch Kap Verde (48), Mauritius (54), Namibia (53), Ruanda (48) und Senegal (66) liegen nicht weit dahinter.

Tabelle 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	mäßig	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
Botswana	Senegal	Côte d'Ivoire	Marokko ▼	Tschad
	Mauritius	Namibia ▼	Mosambik ▼	Kongo, DR
	Ghana	Tunesien	Zentralafrikanische Rep.	Simbabwe
	Südafrika	Uganda ▼	Mauretanien	Südsudan
	Niger	Ruanda	Ägypten ▼	Libyen
	Benin ▲	Burkina Faso	Äthiopien	Somalia
	Liberia	Mali	Angola	Sudan
	Guinea	Madagaskar	Lesotho	Eritrea
	Malawi	Togo	Kamerun	
		Tansania	Burundi	
		Sambia	Kongo, Republik	
		Sierra Leone		
		Kenia		
		Nigeria ▲		
		Algerien		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016.

Während sich die Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungsverläufe auf dem Kontinent allzu einfacher Pauschalisierungen entzieht, gibt es gleichwohl einige auffällige subregionale Unterschiede hinsichtlich der Regierungsqualität (Tabelle 4). Die leistungsfähigsten Staaten des Kontinents sind erneut im südlichen und westlichen Afrika zu finden, während die meisten Länder mit schwacher oder sehr schwacher Regierungsführung in Zentral- und Ostafrikas zu finden sind. Auch die nordafrikanischen Staaten erhalten schlechte Werte: Mit Ausnahme von Tunesien weisen alle eine schwache oder sehr schwache Governance auf. Sie versagen insbesondere bei der effizienten Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen sowie beim Aufbau einer effektiven, leistungsfähigen Bürokratie. So stufte der BTI 2018 Libyen als das Land mit der weltweit schlechtesten Ressourceneffizienz ein.

Diese Unterschiede sind zum einen bedeutsam, weil schlechte Governance von Nachbarländern nicht vor Grenzen haltmacht und sich auch auf andere Staaten nachteilig auswirken kann. Es ist aber ebenso wichtig, im Blick zu behalten, dass in jeder Subregion ganz unterschiedliche Entwicklungsverläufe zu finden sind. Das südliche Afrika umfasst beispielsweise Länder wie Botswana (sehr gute Regierungsführung) sowie Malawi und Südafrika (gut), aber auch Staaten wie Angola sowie Mosambik (schwach) und Simbabwe (sehr schwach). Westafrika ist ebenfalls gespalten in eine Reihe von Ländern, die gute Leistungen erbringen, vor allem Benin, Ghana, Liberia und Senegal, sowie in solche, die deutlich weniger erfolgreich sind (Mauretanien, Nigeria).

## Ausblick

In den letzten beiden Jahren hat sich die Qualität der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Afrika zwar nur leicht, aber doch in signifikanter Weise verschlechtert. Betrachtet man nur die Zahlen, ist dieses Ergebnis ernüchternd – es verdeckt jedoch mehrere ganz unterschiedliche Trends. Während sich eine Reihe aufstrebender Demokratien behauptet, sowohl in Bezug auf die Wahrung politischer Rechte und bürgerlichen Freiheiten als auch wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sind viele der eher autoritären Staaten des Kontinents noch repressiver geworden, konnten sich aber trotzdem festigen. Gleichzeitig bedeutet das hohe und anhaltende Wirtschaftswachstum in Ländern wie Äthiopien, Mauritius und Ruanda, dass es den Regierungen dieser Staaten gelungen ist, eine bessere Kontrolle über ihre wirtschaftlichen Geschicke zu erlangen. Demgegenüber sahen die Länder, die mit Bürgerkrieg und nicht zu erfüllender Schuldenlast zu kämpfen haben, ihre Wirtschaft stagnieren, was wiederum die der regierenden Partei zur Verfügung stehenden politischen Optionen einschränkte. Infolgedessen dürfte sich dieser bereits gegenwärtig sehr heterogene Kontinent hinsichtlich der Qualität von Demokratie und Wirtschaftspolitik in Zukunft noch stärker polarisieren.

In Anbetracht dieser Situation lassen sich auch keine Anzeichen dafür erkennen, dass kurzfristig eine Annäherung der Staaten auf einen gemeinsamen Pfad stattfinden wird. Wenn überhaupt, dann scheinen sich die demokratischeren und autokratischeren Staaten des Kontinents weiter auseinanderzubewegen. Ab 2015 wurden zwei Länder (Burundi und Simbabwe) in die Kategorie harter Autokratien herabgestuft, und kein einziges Land entwickelte sich in die entgegengesetzte Richtung. Ein Grund dafür ist, dass die autoritären Regime Afrikas ohne ernsthafte internationale Konsequenzen für demokratische Rückschritte und autoritäre Verhärtungen wenig Anreiz für eine Kursänderung haben. Es gibt kaum Hinweise darauf, dass die internationalen Geber, die traditionell Demokratieförderung im Ausland betrieben haben, in den kommenden Jahren ihre Investitionen in diesem Bereich erhöhen werden. Unterdessen wächst die Zahl der autoritär geführten externen Partner, die den afrikanischen Staaten zur Verfügung stehen, weiter an. Es bietet sich sogar eine größere Auswahl als je zuvor, und der internationale Demokratisierungsdruck verringert sich immer mehr.

Die Auswirkungen der politischen Herausforderungen des Kontinents auf die wirtschaftliche Transformation werden im komplexen Spannungsfeld von Demokratie und Wirtschaftswachstum ausgehandelt. Während die überwiegende Mehrheit der autoritären Staaten in den letzten zwei Jahren mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert war, sind Äthiopien und Ruanda unverändert mit beeindruckenden Raten gewachsen, was auf die durchaus vorhandene Möglichkeit von Entwicklungsstaaten zurückzuführen ist, Investitionen in produktive Sektoren zu lenken und zugleich eine strenge Kontrolle über Korruption und die Verteilung von Renten auszuüben (Booth und Gooloba-Mutebi 2012). Gleichzeitig ist eine Reihe demokratischer Staaten in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, allen voran Ghana. Es ist daher erforderlich, nicht generell davon auszugehen, dass demokratische Rückschritte immer die wirtschaftliche Transformation untergraben oder umgekehrt demokratische Fortschritte sie immer bewirken werden. Neuere Forschungen haben trotzdem gezeigt, dass in Afrika die Demokratien im Durchschnitt schneller wachsen als die Autokratien und dieser „demokratische Vorteil“ in Ländern, in denen die Demokratien schon länger bestehen (Masaki und van de Walle 2014), auch stärker ausgeprägt ist.

Die BTI-Rankings 2018 helfen zu erklären, warum dies so ist. Keiner einzige harten oder gemäßigten Autokratie wird für den Zeitraum 2015–2017 eine gute oder sehr gute Regierungsführung bescheinigt. Ebenso festigen zwei Länder, die als entwickelte oder funktionierende Volkswirtschaften betrachtet werden, ihre Demokratien: Botswana und Mauritius (Caroll und Caroll 1997). Auch wenn

einige autoritäre Staaten anerkanntermaßen durch überdurchschnittliche wirtschaftliche Transformation und moderate Regierungsführung gekennzeichnet sind – hier vor allem Ruanda und Uganda –, so stellen sie nichtsdestotrotz die Ausnahmen dar, die die Regel bestätigen. Es ist aufschlussreich, dass sich alle Staaten, die unter die Kategorien „rudimentäre Marktwirtschaften“ und „gescheiterte oder nicht vorhandene Governance“ fallen, entweder in einem Zustand extremer politischer Instabilität befinden oder autoritäre Regime sind. Zusammengenommen ist dies ein starker Beweis dafür, dass die demokratischeren Staaten Afrikas im Durchschnitt schneller wachsen, weil das Vorhandensein von verfassungsmäßigen Kontrollmechanismen und stärkerer demokratischer Rechenschaftspflicht bedeutet, dass sie eine bessere Regierungsführung aufweisen und funktionsfähigere Volkswirtschaften entwickeln. Da die sonstigen Bedingungen im Vergleich dieser Staatengruppen nahezu identisch sind, legt dies den Schluss nahe, dass weitere autoritäre Verhärtungen die wirtschaftliche Transformation untergraben würden.

Diese Schlussfolgerung ist insbesondere bedeutsam für die Zukunft der autoritären Länder, die hoch verschuldet sind. Eine effektive Bewältigung von Schuldenlasten, die in einigen Fällen 100 % des BIP übersteigen, ist nur möglich, wenn die Regierungen Kredite nutzen, um die Produktivität der Wirtschaft zu steigern und zugleich ihr Haushaltsdefizit abbauen. Wenn dies gelingt, wird starkes Wachstum die Bedienung großer Schuldenlasten erleichtern, während Haushaltsdisziplin die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Kredite verringert. Die Herausforderung für Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Mauretanien, Sudan, Südsudan, Simbabwe und Tschad besteht darin, dass schlechte Governance und wirtschaftliches Missmanagement die Aussicht auf effektiven Schuldenabbau trüben. Es steht jedoch viel eher zu befürchten, dass sich eine erneute Schuldenkrise anschließt – zumindest in den am stärksten betroffenen Ländern. Die umfassenderen Folgen für Afrika werden davon abhängen, wie viele Länder in Schuldennot geraten und ob eine der größeren Volkswirtschaften des Kontinents – Ägypten, Angola, Äthiopien, Kenia, Nigeria oder Südafrika – auch in diese Kategorie fällt. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall, aber alle sechs dieser Staaten haben sich in den letzten Jahren erkennbar stärker verschuldet, und es deutet vieles darauf hin, dass sich dieser Trend zumindest in der nahen Zukunft fortsetzen wird.

Aus diesen Gründen brauen sich eine ganze Reihe dunkler Wolken vor dem wirtschaftlichen und politischen Horizont Afrikas zusammen. Es ist jedoch ebenfalls zu betonen, dass sich zwischen diesen Wolken durchaus der ein oder andere Silberstreif zeigen könnte. Zusätzlich zum schwindenden internationalen Druck wurden die autoritären Verhärtungen durch Versuche der Regierungen verstärkt, prodemokratische Bewegungen und Oppositionsführer durch geschickte Manöver zu schwächen. Dies wird jedoch immer schwieriger, denn der Zuwachs an Bildung, die zunehmende Verbreitung von internetfähigen Mobiltelefonen sowie die rasante Urbanisierung haben dazu geführt, dass immer mehr kritische Bürger auftauchen und die Unterstützung für schlecht funktionierende Regierungen abnimmt (Tinhü 2016; Durotoye und Husaini 2016). Der Prozess der Urbanisierung war von herausgehobener Bedeutung, da die Stadtbewohner in der Regel viel eher für Oppositionsparteien stimmen als ihre ländlichen Mitbürger. Als Ergebnis dieser Prozesse ist die Anzahl der Regierungsparteien, die stark dominieren – also mehr als 60 % der Präsidentschafts- und Legislativstimmen erhalten –, deutlich gesunken: 1997 waren es noch 70 %, 2015 nur mehr etwas über 50 % (Cooper 2016). Mit anderen Worten, einer der Hauptfaktoren, die zur jüngsten Welle an Repressionen beigetragen haben, sind die wachsenden Probleme der regierenden Parteien, ihre Macht mit anderen Mitteln zu bewahren.

So gesehen ist die autoritäre Verfestigung, die in den letzten zehn Jahren zu beobachten war, sowohl Anlass zur Sorge als auch zum Optimismus. Während die Folgen dieser Entwicklung zutiefst

problematisch waren, haben das Wachstum der städtischen Wählerschaft – die voraussichtlich noch vor 2050 die Gesamtzahl der ländlichen Wähler übersteigen wird – sowie die Bereitschaft der Bürger, bessere öffentliche Dienstleistungen und aufgeschlossene Politiker zu fordern, das Potenzial, einen substanziellen Demokratisierungsprozess auf lange Sicht zu begründen. Wie die jüngsten überraschenden Machtwechsel in Burkina Faso, Gambia und Nigeria gezeigt haben, ereignen sich politische Umbrüche oft dann, wenn man sie am wenigsten erwartet.

## Literatur

Abrahamsen, R., and Bareebe, G (2016). 'Uganda's 2016 elections: Not even faking it anymore'. *African Affairs* 115(461), 751-765.

Adejumobi, S (2000). 'Elections in Africa: A fading shadow of democracy?' *International Political Science Review* 21(1), 59-73.

Bertrand, E. and Cheeseman, N (2019). 'Understanding the G5: Governance, Development and Security in the Sahel', Open Publications, NATO Allied Command Transformation. Available at: <https://www.openpublications.org/>.

Bob-Milliar, G. M., and J. W. Paller. (2018). 'Democratic Ruptures and Electoral Outcomes in Africa: Ghana's 2016 Election.' *Africa Spectrum* 53(1), 5-35.

Booth, D, and Golooba-Mutebi, F. (2012). 'Developmental patrimonialism? The case of Rwanda'. *African Affairs* 111(444), 379-403.

Carroll, B. W. and Carroll, T. (1997). 'State and ethnicity in Botswana and Mauritius: A democratic route to development?'. *The Journal of Development Studies* 33(4), 464-486.

Cheibub, J.A, Przeworski, A., Limongi Neto, F.P., Alvarez, M.M (1996). 'What makes democracies endure?' *Journal of Democracy* 7(1), 39-55.

Carothers, T. (2006). 'The backlash against democracy promotion.' *Foreign Affairs* March/April (85), 55-68.

Cheeseman, N. (2015). *Democracy in Africa: Successes, failures, and the struggle for political reform*. Cambridge: Cambridge University Press.

Cheeseman, N. and J. Fisher. (2019). *Authoritarian Africa: Repression, Resistance and the Importance of Ideas*. Oxford: Oxford University Press.

Cheeseman, N., Lynch, G., and Willis, J (2017). 'Ghana: The Ebbing Power of Incumbency'. *Journal of Democracy* 28(2), 92-104.

Cheeseman, N., and Hinfelaar, M (2009). 'Parties, platforms, and political mobilization: The Zambian presidential election of 2008.' *African Affairs* 109(434), 51-76.

Cheeseman, N., and Klaas, B. (2018). *How to Rig an Election*. London: Yale University Press.

- Chigudu, S. (2019). 'The politics of cholera, crisis and citizenship in urban Zimbabwe: 'People were dying like flies'. *African Affairs*, available at: <https://doi.org/10.1093/afraf/ady068>.
- Cooper, I. (2016). 'The decline of Dominance in sub-Saharan Africa'. Unpublished paper.
- Dahl, R. (1998). *On Democracy*. London: Yale University Press.
- Durotoye, A., & Husaini, S. E. (2016). 'Between 'Ekitigate and Protest Votes: Ekiti State 2014 Governorship Election Revisited.' *Developing Country Studies*, 6(2), 32-37.
- Dwyer, M (2018). *Soldiers in Revolt: Army Mutinies in Africa*. Oxford: Oxford University Press.
- Frère, M. S., and Englebert, P. (2015). 'Briefing: Burkina Faso—the Fall of Blaise Compaoré'. *African Affairs*, 114(455), 295-307.
- Gyimah-Brempong, K. (2002). 'Corruption, economic growth, and income inequality in Africa'. *Economics of Governance* 3(3), 183-209.
- Harding, R., and Stasavage, D (2013). 'What democracy does (and doesn't do) for basic services: School fees, school inputs, and African elections.' *The Journal of Politics* 76(1), 229-245.
- Kelsall, T. (2011). 'Going with the grain in African development?' *Development Policy Review* 29, s223-s251.
- King, S. J. (2009). *The new authoritarianism in the Middle East and North Africa*. Bloomington: Indiana University Press.
- Levitsky, S., & Way, L. (2002). 'The rise of competitive authoritarianism.' *Journal of Democracy* 13(2), 51-65.
- Lust, Ellen. (2011), 'Missing the Third Wave: Islam, Institutions, and Democracy in the Middle East', *Studies in International Comparative Development* 46(2), 163-190.
- Makinda, Samuel M., F. Wafula Okumu, and David Mickler (2015). *The African Union: Addressing the challenges of peace, security, and governance*. Abingdon: Routledge.
- Maringira, G. (2017). 'Politicization and resistance in the Zimbabwean national army'. *African Affairs*, 116(462), 18-38.
- Masaki, T and van de Walle, N. (2014). 'The Impact of Democracy on Economic Growth in Sub-Saharan Africa, 1982-2012'. WIDER Working Paper 57. Helsinki: UNU Wider.
- Mattes, R., and Bratton, M (2016). 'Do Africans still want democracy?', Afrobarometer: Afrobarometer Policy papers no. 36.
- Miguel, E (2004). 'Tribe or nation? Nation building and public goods in Kenya versus Tanzania.' *World Politics* 56(3), 327-362.
- Oyewole, S. (2015). 'Boko Haram: Insurgency and the war against terrorism in the Lake Chad region'. *Strategic Analysis*, 39(4), 428-432.
- Paget, D., 2017. 'Tanzania: shrinking space and opposition protest'. *Journal of Democracy*, 28(3), 153-167.

- Pitcher, M. A. and Teodoro, M. P (2018). 'The Bureaucracy: Policy Implementation and Reform'. In Cheeseman, N. (ed). *Institutions and Democracy in Africa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Posner, D. and Young, D. (2018). 'Term Limits: Leaders, Political Competition and the Transfer of Power'. In Cheeseman, N. (ed). *Institutions and Democracy in Africa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Prempeh, H. K. (2008). 'Presidents untamed.' *Journal of Democracy* 19(2), 109-123.
- Rakner, L. (2018). 'Breaking BAD: Understanding Backlash Against Democracy in Africa'. CMI Insight 2018 (1). Bergen: Chr. Michelsen Institute.
- Ross, M. L (2001). 'Does oil hinder democracy?' *World Politics* 53(3), 325-361.
- de Sardan, J.P.O. (1999). 'A moral economy of corruption in Africa?' *Journal of Modern African Studies* 37(1), 25-52.
- Sishuwa, S. (2018). 'Step by inevitable step: Lungu's strategic march to 2021 and beyond', *African Arguments*, 4 December 2018, available at: <https://africanarguments.org/2018/12/04/zambia-2021-lungu-strategic-march/>
- Tendi, B. M. (2010). *Making History in Mugabe's Zimbabwe: Politics, Intellectuals, and the Media*. Oxford: Peter Lang.
- Tieku, T. K. (2004). 'Explaining the clash and accommodation of interests of major actors in the creation of the African Union'. *African Affairs*, 103(411), 249-267.
- Tieku, T. (2019). 'The African Union: Successes and Failures.' In Nic Cheeseman et al (eds) *The Encyclopaedia of African Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Tinhu, S. (2016). '#Zimshutdown2016 and the new protest politics taking root in Zimbabwe', *The Guardian*, 8 July 2016, available at: <https://www.theguardian.com/world/2016/jul/08/zimshutdown2016-and-the-new-protest-politics-taking-root-in-zimbabwe>
- Tripp, A. M. (2010). *Museveni's Uganda: paradoxes of power in a hybrid regime*. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers.



## Über den Autor

Nic Cheeseman ist Professor für Demokratie an der Universität Birmingham und war zuvor Direktor des African Studies Centre an der Oxford University. Er arbeitet hauptsächlich in den Bereichen Demokratie, Wahlen und Entwicklung und hat Feldforschungen in einer Reihe von afrikanischen Ländern wie Ghana, Kenia, Malawi, Nigeria, Sambia, Simbabwe und Uganda durchgeführt. Die Artikel, die er auf der Grundlage dieser Forschung veröffentlicht hat, haben eine Reihe von Preisen gewonnen, darunter den GIGA-Award für den besten Artikel in vergleichender Regionalforschung (2013) und den Frank Cass Award für den besten Artikel in Demokratisierung (2015). Professor Cheeseman ist auch Autor oder Herausgeber von zehn Büchern, darunter *Democracy in Africa* (2015), *Institutions and Democracy in Africa* (2017), *How to Rig an Election* (2018) und *Coalitional Presidentialism in Comparative Perspective* (2018). Darüber hinaus ist er Gründungsherausgeber der *Oxford Encyclopaedia of African Politics*, ehemaliger Herausgeber der Zeitschrift *African Affairs* sowie Berater und Autor des *African Progress Panel* von Kofi Annan. Als häufiger Kommentator afrikanischer und globaler Ereignisse sind Professor Cheesemans Analysen im *Economist*, in *Le Monde*, der *Financial Times*, *Newsweek*, der *Washington Post*, der *New York Times*, der *BBC* und *Daily Nation* erschienen. Er schreibt eine regelmäßige Kolumne für den *Mail & Guardian*. Insgesamt wurden seine Artikel über eine Million Mal gelesen. Viele seiner Interviews und Erkenntnisse finden sich auf der von ihm gegründeten und mitbetreuten Website [www.democracyin africa.org](http://www.democracyin africa.org). Er ist auf Twitter unter [@fromagehomme](https://twitter.com/fromagehomme) zu finden.



**Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

Robert Schwarz  
Senior Project Manager  
Telefon +49 5241 8181 402  
robert.schwarz@bertelsmann-stiftung.de

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)